Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

21.5.1892 (No. 115)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 26 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reclamen 30 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 115. Samstag, den 21. Mai 1892.

Zur Frage der Berücksichtigung der Konfessionalität bei Besetzung der Lehrerstellen.

Bei der Frage der Besetzung des „ersten Lehrers" hat dieser Punkt eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Welchen Standpunkt das Centrum dabei einnahm und einnimmt, geht aus dem Leitartikel der gestrigen Nummer des „Beob." hervor. Wenn man die Abgg. Kiefer und Strübe hörte und ihren Versicherungen Glauben schenkte, konnte man meinen, daß eine Berücksichtigung der Rücksichten auf die Parität in Baden wie auf anderen Gebieten, so auch hier gar nicht denkbar sei. Es war darum sehr wirksam, daß Seitens der Abgg. Gerber und Wacker auf Beispiele hingewiesen wurde. Gerber erzählte von einer größeren Gemeinde, in welcher die Katholiken ständig in namhafter Mehrheit sind. Daselbst hatte der Bürgermeister den mehr als kühnen Ausspruch gethan, nur ein Protestant dürfe erster Lehrer sein. Mit diesem kecken Ausspruche standen und stehen bis jetzt die thatsächlichen Verhältnisse im Einklang. Abg. Wacker erzählte ein Vorkommniß aus einer Gemeinde des Strübe'schen Schulbezirkes. Abg. Strübe suchte sich zu helfen, so gut es ging, war aber in der Entgegnung gar nicht glücklich. Im Gegentheile: er verrieth, daß seine eigene Praxis nicht im Einklang steht mit seinen salbungsvollen Versicherungen der Toleranz und Friedensliebe. Dazu machte er noch Etwas bekannt, was man nur mit Staunen anhören konnte: daß nämlich die Katholiken in Mönchzell deßwegen nicht zu ihrem gesetzlichen Rechte kommen sollen, weil ein protestantischer Geistlicher der Nachbarschaft in der Wohnung des Lehrers sein Absteigequartier hat. Abg. Wacker erwiderte ihm darauf wörtlich:

„Ich bin genöthigt, dem Herrn Kollegen Strübe Einiges zu erwidern: einmal bezüglich des Specialfalles. Da erachte ich es nach seinen Bemerkungen für dringend geboten, noch einmal die thatsächlichen Verhältnisse festzusetzen. Er wollte anfangs nicht recht merken, wo es hinaus will, was für eine Gemeinde ich im Auge habe, nachher ist es ihm gekommen, er hat seine Vermuthung als richtig bestätigt gefunden und dazu ein Moment erzählt, welches mir gänzlich unbekannt war und wohl auch den Katholiken von Mönchzell. In dieser Gemeinde war, als die gemischte Schule eingeführt wurde, ein katholischer und ein nicht katholischer Hauptlehrer da. Nach der Schülerzahl wurde dann die Sache in der Weise geändert, daß ein Hauptlehrer in Wegfall kam und durch einen Unterlehrer ersetzt wurde. Der protestantische Hauptlehrer, der da war, kam auf eine andere Stelle; der katholische Hauptlehrer hätte bleiben sollen. Zufällig aber war die Schülerzahl der Protestanten um einen größer als die der Katholiken und auf diese Mehrheit von einem einzigen, dargestellt durch ein einziges Kind, gestützt, hat man protestantischer Seits in der Gemeinde verlangt, daß der protestantische Theil berücksichtigt wurde. Der katholische Lehrer mußte gegen seinen Willen weichen. Das ist die eine Thatsache. Später wurde die Hauptlehrerstelle wieder frei und die Schülerzahl der Katholiken hat und zwar nicht vorübergehend, sondern auf die Dauer die Mehrheit gehabt. Es ist eine große Mehrheit nicht, weil überhaupt nicht viele Schüler dagewesen sind, aber es war eine Mehrheit von 6 Schülern. Wenn nun das eine Mal unter solchen dem interessirten Lehrer wehe thuenden Umständen die konfessionelle Mehrheit berücksichtigt wurde, so mußte unter andern Verhältnissen, wo es sich nicht darum handelt, einen anderen Lehrer aus seinem Besitzstand zu drängen, die Mehrheit von 6 noch mehr berücksichtigt werden. Der Herr Abg. Strübe hat allerdings erwähnt, was ich auch sagte, daß der katholische Bürgermeister zu ihm gekommen sei und im Interesse des Friedens gebeten habe, dafür zu sorgen, daß wieder ein protestantischer Hauptlehrer kommt. Es war dieses Interesse des Friedens, so wie mir glaubhaft erzählt wurde und es wird wahrscheinlich sein, ein höchst persönliches Interesse, dessen Befriedigung er allerdings nicht gefunden hat. Bei dem Zahlenverhältniß der katholischen und nicht katholischen Bürger war es ihm schwer, im Bürgermeisteramt zu bleiben und so hat er geglaubt, „im Interesse der Wahrung des Friedens" die Stimmen der protestantischen Wähler wieder zu bekommen. In dieser Erwartung hat er sich getäuscht. Und ich glaube, „das Interesse des Friedens" sollte etwas anders interpretirt und auch etwas anders behandelt werden. Das „Interesse des Friedens" verlangt, daß in solchen Verhältnissen immer ohne Voreingenommenheit und ohne Rücksicht auf anderes die gleiche Behandlung eintritt, naturgemäß nach dem Zahlenverhältniß. Einen anderen Maßstab gibt es nicht, der für alle gelten könnte. Nun hat uns der Herr Abg. Strübe noch Etwas mitgetheilt, was mir neu und sehr interessant war. Ein protestantischer Geistlicher aus der Nachbarschaft hat entweder das ausgesprochene Recht oder das Recht, das sich auf eine lange Praxis stützt, in der Wohnung des protestantischen Lehrers abzusteigen, wahrscheinlich um seine dienstliche Kleidung anzuziehen, wenn er Funktionen vorzunehmen hat. Aus diesem Grunde soll immer ein protestantischer Lehrer da sein. Ja! das ist mir doch eine kuriose Rechtsauffassung. Das kann auch dann nicht gelten, wenn der protestantische Pfarrer durch eine andere Besetzung sein Absteigequartier verlieren würde.

Strübe: Ich habe diesen Grundsatz nicht aufgestellt!

Wacker: Sie haben es mitgetheilt und vertreten.

(Fortfahrend): Wahrscheinlich wird er es nicht verlieren, denn das kommt auch an andern Orten vor, daß die Pfarrhäuser gegenseitig als Absteigequartiere benützt werden, wenn die Gemeinde paritätisch ist und der Vertreter einer Konfession kommt, der in dieser Gemeinde nicht wohnt, um Funktionen vorzunehmen. Da kommt es vor, daß die geistlichen Vertreter der beiden Konfessionen sich gegenseitig diesen Dienst erweisen, das hätte gar keinen Anstand. Wenn dies das Hinderniß wäre, so könnte es ja als Auflage gemacht werden. Es könnte dann den Bewerbern freigestellt werden, ob sie die Stelle mit dieser Auflage wollen oder nicht. Ich spreche die Erwartung aus und möchte glauben, daß diese Erwartung allein der ausgleichenden paritätischen Gerechtigkeit entspricht, daß in diesem Mönchzell, wie in andern Gemeinden jedenfalls in gleicher Weise Rücksicht auf die Mehrheit genommen wird. Spricht diese Rücksicht einmal für einen protestantischen Hauptlehrer, so werden hoffentlich die Katholiken ohne alle Widerrede es sich gefallen lassen und wenn sie sich's nicht gefallen ließ, so brauchte man den Widerspruch nicht zu berücksichtigen. Spricht in einem andern Falle diese Rücksicht für die Katholiken, so soll sie auch da genommen werden.

Nun hat der Herr Abg. Strübe noch etwas Anderes zur Berathung des Gegenstandes Gehörendes gesagt, was ich auch nicht unwidersprochen lassen kann. Er hat gesagt: „So niedrig denke ich von dem Lehrerstande nicht." Diese Bemerkung hat, wenn es auch von seiner Seite nicht beabsichtigt ist und nicht beabsichtigt war, eben doch eine gewisse Spitze. Er hat dann weiter im Namen des badischen Lehrerstandes eine Versicherung abgegeben. Nun! Der Herr Abg. Strübe ist zwar der Vorgesetzte eines Theiles des badischen Lehrerstandes, aber den Titel weiß ich bis jetzt nicht, der ihn berechtigt, ohne ausdrücklichen speciellen Auftrag hier in diesem Saale „im Namen des badischen Lehrerstandes" zu sprechen. Sofern seine Bemerkung eine gewisse Spitze hat, muß ich dagegen protestiren. Man hat bis jetzt keinem der Redner weder gestern noch heute unterschieben können, daß er anders als gut vom badischen Lehrerstande denkt und anders als für das Wohl des badischen Lehrerstandes gesinnt ist. Wenn man die direkt entgegengesetzte Meinung über diesen Punkt hat als die, die der Herr Abg. Strübe ausgesprochen hat, so denkt man deßhalb nicht niedrig vom Lehrerstande. Ich möchte aber den Herrn Kollegen fragen, ob nicht die badischen Lehrer auch Menschen sind wie andere; ob sie denn ganz erhaben sind über die ganz allgemeinen menschlichen Schwächen, Gebrechen und Leidenschaften. Ich möchte glauben, ein so alter Kreisschulrath, d. h. ein Herr, der so lange schon das Amt des Kreisschulraths verwaltet, hat Gelegenheit, zu erfahren, daß es da auch Schwächen und Gebrechen gibt. Und wenn der badische Lehrerstand nicht eingetreten vom solchen Schwächen und Gebrechen ist, so werden gewiß Besorgnisse, wie sie bei andern Ständen berechtigt sind, auch beim badischen Lehrerstande berechtigt und begründet sein. Je höher man von diesem Stande denkt und je mehr man ihm wohl will, desto mehr muß man seine Zustimmung dazu geben, daß solchen Möglichkeiten so viel als möglich ein Riegel vorgeschoben wird."

Die beiden von den Abgg. Gerber und Wacker erzählten Fälle sprechen eine so klare und eindringliche Sprache, daß selbst Kiefer sich gedrungen fühlte, ihr Gehör und Beachtung zu schenken. Nicht bloß sprach er ganz unumwunden seine Mißbilligung darüber aus, daß der vom Abg. Gerber citirte Bürgermeister in der erzählten Weise sich ausgedrückt hatte, sondern meinte sogar, es solle gegen den betreffenden Bürgermeister auf dem Wege des Disziplinarverfahrens vorgegangen werden.

Bezüglich des Falles Mönchzell stellte er sich vorbehaltlos auf den Standpunkt der Ausführungen des Abg. Wacker und betonte, daß wir zwar die Konfessionalität der Schulen aufgehoben haben, aber nicht die der Lehrer.

Es dürfte sich sehr empfehlen, über derartige Vorkommnisse genau Buch zu führen, um sie jeweils in der Kammer zur Sprache zu bringen, falls Vorstellungen bei den zuständigen Behörden nichts gefruchtet haben.

Rede des Abgeordneten Gerber

über das direkte Wahlrecht.

Meine Herren! Der Herr Abg. Kiefer hat mich persönlich provocirt, sonst hätte ich jetzt vielleicht auf das Wort verzichtet. Er hat von mir verlangt, daß ich eine Rede gegen den Syllabus halte oder einen der im Syllabus verworfenen Sätze hier vertheidigen solle. Aber ich kann seinem Wunsche nicht entsprechen, weil eben die Sätze des Syllabus lauter Irrthümer sind und einen Irrthum vertheidigen kann ich nicht, um so weniger, als ich von der Falschheit dieser im Syllabus verworfenen Sätze selbst überzeugt bin. Auch würde der Herr Präsident eine solche Abhandlung hier, wenn ich sie vornehmen wollte, nicht dulden, weil sie nicht zur Sache gehört. Herr Kiefer hat nun gesagt, wenn ich eine solche Rede hier halten wollte, so würde er mir seine volle Hochachtung zuwenden, aber lieber als daß ich eine falsche Lehre hier vertheidigen wollte, lieber will ich auf die Hochachtung des Herrn Kiefer verzichten. Außerdem müßte ich durch eine solche Rede meineidig werden, denn ich habe einen heiligen Eid geleistet, daß ich nichts Anderes glauben und lehren wolle, als was die katholische Kirche lehrt, und wenn ich jetzt hier oder anderswo etwas sprechen würde, was der Lehre der katholischen Kirche widerspricht, so würde ich diesen Eid brechen, also meineid werden. Wie nun der Herr Abg. Kiefer mir dafür seine Hochachtung versprechen kann, daß ich meineidig würde, das finde ich sehr sonderbar. Zudem würde ich mir dadurch das Anathema der Kirche zuziehen und das ist für uns Katholiken ärger als jede andere Strafe, die uns etwa von weltlichen Behörden verhängt werden könnte. Aber es ist nicht die Furcht vor dem Anathema, welche mich abhält, dem Wunsche des Herrn Kiefer zu entsprechen, sondern die innere Ueberzeugung und ich bekenne es offen und freudig, daß ich alle Lehren meiner Kirche glaube und daß ich somit alle Sätze des Syllabus verwerfe, wie die Kirche sie verwirft.

Herr Kiefer hat sich dann auch soweit verstiegen, daß er die Regierung zur Auflösung der Kammer und Anordnung von Neuwahlen aufforderte. Damit schreckt er uns nicht, wir fürchten die Auflösung der Kammer und die Neuwahlen nicht, so wenig wie die Integralerneuerung. Herr Kiefer hat schon einmal in diesem Landtage von der Kammerauflösung gesprochen und hat dafür von unserer Seite ein Bravo geerntet. Wir sind jetzt nicht anders gesinnt. Dann hat Herr Kiefer gegen unseren Antrag auf Einführung des direkten Wahlrechtes einige alte Lahenhüter vorgebracht, die wir schon oft von ihm gehört haben, seinen Freund Toqueville, den er sogar einen „guten Christen" nennt. Ja Toqueville ist ein guter Christ gerade so wie Herr Kiefer einer ist. Dann brachte er auch wieder seinen Lieblingswunsch vor, daß man während der Wahlzeit die Geistlichen in die Sakristei einsperren sollte, und die Unwahrheit, daß die Geistlichen in Amerika das Wahlrecht nicht besitzen. Das ist ganz falsch. Ich hatte vor zwei Jahren Gelegenheit, mit mehreren katholischen Geistlichen aus Amerika zu sprechen, und ich benutzte diese Gelegenheit jedesmal, mich bei ihnen zu erkundigen, ob es wahr sei, daß dort den Geistlichen das Wahlrecht entzogen sei, und alle versicherten mich, daß dies eine unwahre Behauptung sei und sie in Amerika das aktive und passive Wahlrecht besitzen wie jeder andere Bürger. Einer derselben wurde von mir veranlaßt, dies im „Beobachter" zu veröffentlichen, und er hat dies gethan und hat im „Bad. Beobachter" einen Artikel veröffentlicht mit Hinweisung auf die Behauptung des Herrn Kiefer, worin er klar und deutlich versichert, daß in Amerika die Geistlichen das aktive und passive Wahlrecht besitzen wie jeder andere Bürger. — Herr Kiefer, der sonst den „Beobachter" fleißig liest, scheint diesen Artikel nicht gelesen zu haben, sonst könnte er nicht heute nochmals mit solcher wahrheitswidriger Behauptung kommen.

Bei dieser Frage handelt es sich nicht darum, was für uns vortheilhaft wäre, sondern bei unserem Antrage handelt es sich um den Willen, den Wunsch, um

---

Im Banne geheimer Mächte.

42) Originalroman von Adolphe Belot.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

15. Kapitel.

Mit freundlicher Unbefangenheit, wie immer, ohne Empfindlichkeit zu verrathen oder sich anmerken zu lassen, was er von Blanciot erfahren, erschien Gardiner einige Tage später bei dem Gouverneur, um, dessen strengem Machtgebot gemäß, von diesem selbst die Erlaubniß zu einer Unterredung mit Fortier zu erbitten, dem er die Nachricht von Marcelle Hébert's Anwesenheit in der Kolonie und deren Versicherungen ihrer Treue überbringen wolle. Er hatte einen Tag gewählt, an welchem er Blanciot auf einer anderen Insel abwesend wußte, da es ihm sicherer schien, Fortier auf dem Arbeitsplatz im Freien zu sprechen, wo man sie nicht unbemerkt belauschen konnte, als im Zimmer der Kommandantenwohnung, wohin der diensteifrige Blanciot sicherlich nicht verfehlt hätte, den Gefangenen aus lauter Liebenswürdigkeit gegen seinen Gast rufen zu lassen.

Gardiner erhielt die erbetene Erlaubniß von dem Gouverneur und erschien damit auf dem Platze, wo die dritte Abtheilung der Sträflinge der Insel Ron, also auch Fortier und Bérard, arbeiteten. Der kommandirende Aufseher des Platzes durchlas den Schein, verbeugte sich und ging, Fortier zu holen. Einige Augenblicke später führte ein Wächter den Verlangten zu Gardiner, der in einiger Entfernung von den Arbeitenden unter dem dürftigen Schatten eines einzelnen, halbverkümmerten Baumes seiner harrte. Der Wächter zog sich gelassen eine kurze Strecke zurück und nahm auf einigen Stücken Bauholz Platz, doch entging es Gardiner nicht, daß er die Sprechenden einer scharfen Beobachtung unterzog und sie nicht aus dem Auge ließ, so wenig hier auch, am hellen Tage, in Gegenwart vieler Personen, auf dem kleinen, wüsten, rings vom nahen Meere umflutheten Eilande an eine Flucht zu denken gewesen wäre.

Der Amerikaner nahm Bedacht, Fortier leise zuzuraunen, daß sie beobachtet würden, führte dann das Gespräch anfangs mit erhobener Stimme, als wolle er absichtlich den Wächter jedes Wort vernehmen lassen, und wurde erst ganz allmälig leiser mit der Sprache, kam noch hin und wieder einige dazwischen geworfene, fingirte Aeußerungen lauter sprechend, welche den Beobachter in dem Wahn zu erhalten geeignet waren, daß man noch immer von dem anfänglichen Thema, Marcelle Héberts treuer Liebe zu Fortier, rede.

Gardiner stattete dem Gefangenen zunächst in der That Bericht über seine Begegnung mit Marcelle ab, schilderte ihm deren Freude, wiederholte ihm ihre Worte und fuhr dann zu dem Tiefgerührten, Dankbewegten mit leiserer Stimme fort:

„Vergessen Sie jetzt nicht, daß wir beobachtet werden, beherrschen Sie jede Ihrer Mienen und geben Sie sich den Anschein, daß wir noch immer von der Angelegenheit sprächen, die so lebhaft Ihr Herz erfüllt. Wir müssen Bérards Sache in's Auge fassen."

„Ich weiß, ich weiß, der Gouverneur hat mir die Versicherung geben lassen, daß ich bei vollem Wohlverhalten in möglichst kurzer Zeit mit der Erlaubniß beglückt werden solle, Marcelle zu heirathen," rief Fortier mit freudig erhobener Stimme aus. Und leiser fügte er hinzu: „Ich habe Sie verstanden, Sie meinen Bérards Flucht."

„Seine Flucht, ganz recht. Doch wären Sie bereit, derselben zu dienen; auch wenn Sie, wie ich fürchte, nicht daran theilnehmen können? Bérards Rettung — nehmen Sie mein Wort — wird meinen Einfluß zu Ihren Gunsten nicht vermindern, und er soll Ihnen in regster Weise zu theil werden — allein Bérard auf seiner Flucht begleiten, fürchte ich —"

„Sprechen Sie nicht weiter, die Zeit ist kostbar", unterbrach ihn Fortier rasch und fest. „Sie dürfen für Bérards Rettung auf mich zählen wie auf sich selbst, und mein Zurückbleiben bedarf keines Wortes mehr. Ich war, ehe Sie es aussprachen, entschlossen, nicht mit ihm zu gehen; Bérard ist davon verständigt und heißt es gut. Also kein Wort mehr davon, wenn Sie mir vertrauen; sprechen wir von Bérard."

„Wohlan, ich vertraue Ihnen, und Sie sollen Ihre Opferwilligkeit nicht bereuen. — Ist Bérard zur Flucht bereit?"

„Jeden Moment, Herr, in dem Sie ihn rufen. Er wartet nur auf Ihre Instruktionen."

„Gut. Und könnten Sie mir über Zeit und Ort zur Bewerkstelligung der Flucht aus dem Bagno selbst einen geeigneten Fingerzeig geben?"

„Ja. Ich habe mit Bérard das Nöthige erwogen und wir sind zu einem Resultat gelangt. Die beste Zeit wäre Morgens ½4 Uhr, der beste Ort der Weg vom Schlafraum der Gefangenen der dritten Klasse zu dem Vorrathshause, der nur etwa 200 Meter vom Strande entfernt ist."

„Sehr schön, mein Lieber; ich freue mich, Ihre guten Sätze zu vernehmen, und werde nicht verfehlen, dieselben dem Herrn Gouverneur sowohl wie Marcelle Hébert mitzutheilen," äußerte Gardiner in großer Befriedigung mit erhobener Stimme. Und leise fügte er hinzu: „Erklären Sie sich deutlicher."

„In früher Morgenstunde, um halb vier Uhr, begibt sich eine kleine Anzahl zu diesem Dienst bestimmter Gefangenen, zu denen auch Bérard und ich gehören, vom Schlafraum nach dem Proviantshause, um den Morgenkaffee für die Insassen des Bagno und die Lebensmittel für den Tag herbeizuholen," fuhr Fortier fort. „Nur zwei Aufseher begleiten uns; eine Flucht von diesem öden, leeren, aller Verbindung mit der Außenwelt beraubten Eilande erscheint ja unmöglich. Sie ist nur dann möglich, sogar leicht, wenn man, wie Bérard, nicht etwa nur ein Boot oder ein Floß oder gar nur die eigene Schwimmkraft, sondern ein seetüchtiges Schiff zur Disposition hätte, das bereit und im Stande wäre, den Flüchtling über ein ganzes Weltmeer hinwegzuführen. Sie begreifen, daß dies bei den gewöhnlichen Deportirten, welche man hierher sendet, schwerlich schon jemals der Fall gewesen; man bedarf hier also nicht jener detaillirten Ueberwachung wie in den Gefängnissen des festen Landes."

„Gut. Was weiter?"

„In jener frühen Stunde, von der ich sprach, herrscht noch halbe Dämmerung und Alles ist noch halb verschlafen. Man marschirt nicht in geordnetem Zuge; träge; mit noch halb geschlossenen Augen, der Eine sich nicht um den Andern kümmernd, schwankt man verdrossen seines Weges. Es ist jener, den Sie dort sehen, er führt hier an dieser Stelle vorüber, wo wir uns befinden. Es würde Bérard ein Leichtes sein, ein wenig zurückzubleiben, sich von dem Zuge zu verlieren, — nach wenigen Schritten entzieht ihn jener Streifen Dickicht dort den Blicken der Anderen und verdeckt ihn bei seinem Laufe zur nahen Küste; diese erreicht er in zwei Minuten, — das Weitere von dort aus wäre dann Ihre Aufgabe."

„Ganz recht, und es ist dafür gesorgt. Ihr Plan vereinigt sich vortrefflich mit dem meinigen, es kommt nur darauf an, den Zeitpunkt festzusetzen. Noch müssen wir uns drei bis vier Tage gedulden. Mein Plan erfordert, daß die Flucht in der Nacht vor dem Tage meiner bereits angekündigten Abreise stattfindet, während eines Festes, das ich in jener Nacht an Bord meiner Yacht geben werde. Die Illumination meiner Yacht mit vielen Flammen, seinem Glänzen im hellsten Licht und das Aufsteigen von Feuerwerkskörpern wird Ihnen zeigen, daß die betreffende Nacht gekommen. Am Morgen derselben um halb vier Uhr findet Bérard ein mit helfenden Freunden bemanntes Ruderboot an jenem Küstenpunkt jenseits des kleinen Dickichts dort seiner harrend. Falls man wirklich sein Verschwinden aus dem Zuge bemerkt und ihn verfolgen will, so wird man doch dazu außer Stande sein, sobald er nur erst einmal das Meer erreicht hat, denn kein Boot wird hier sein, die Verfolger aufzunehmen, — die wenigen kleinen Inseln, über welche die Insel Ron zum Verkehr mit den anderen Inseln gebietet, werden seitlängs meines Schiffes liegen, wohin sie die von mir geladenen Gäste geführt. Der Plan ist gut, wie Sie sehen: das gute Ron wird so abgeschnitten von der übrigen Welt sein, daß ihm nichts Anderes übrig bleibt, als der zeitraubende Weg der Signale, um von seiner Hülflosigkeit Kunde zu geben."

„Der Plan ist gut," pflichtete Fortier bei, „doch hüten wir uns vor Rodin. Er schleicht hier herum."

„Wie, Rodin? Er ist ja des Dienstes enthoben und hat eine Disziplinaruntersuchung zu bestehen —"

„So hörte ich auch. Allein Sie dürfen nicht vergessen, daß er frei ist, und er schleicht hier herum, ich habe ihn gesehen. Ich vermuthe, er trachtet nach einer Gelegenheit zur Rache und spürt mir nach, um sie zu finden."

„Wohlan, wir müssen auf unserer Hut vor ihm sein. Vor Allem nehmen Sie Bedacht, seine Augen nicht auf Bérard zu lenken. Genug jetzt, ich muß Sie verlassen und werde Sie nicht wiedersehen, bevor unser Freund gerettet ist. Alsdann werde ich, bevor mein Schiff die Anker lichtet, noch einmal mein Fürwort beim Gouverneur für Sie einlegen, und es wird Geltung haben, denn kein Mensch wird mich beargwohnen — mein Plan ist so berechnet, daß man es nicht kann — ja, man wird sogar glauben, mir Unrecht gethan zu haben, wenn ich gehe, und wird bestrebt sein, es gut zu machen, indem man meinem Verlangen um so bereitwilliger entgegenkommt. — Leben Sie wohl!"

„Leben Sie wohl — und tausend, tausend Dank für die Güte, die Sie mir gezeigt!"

„Ich hoffe, Ihnen in nicht ferner Zeit mehr nützen zu können als bisher geschehen. Adieu noch einmal, und Gottes Segen zu unserem Vorhaben!"

„Gottes Segen tausendmal, — ich werde darum beten, Herr Gardiner — ich werde wieder beten lernen, um für Bérard zu bitten!"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

das dringende Verlangen des Volkes. Herr Fieser hat geradezu ausgesprochen, wir wünschten das direkte Wahlrecht nur aus dem Grunde, weil wir hofften, dadurch größere Erfolge für unsere Partei zu erlangen.

Herr Fieser hat das weiter ausgeführt. Man beurtheilt eben den Nebenmenschen gewöhnlich nach den eigenen Anschauungen. Aber ich will hier doch auf eine geschichtliche Thatsache aufmerksam machen, welche die Falschheit dieser Behauptung darthun wird. Im Jahre 1881 hatte unsere Partei in der indirekten Wahl zum Landtage außerordentlich große Erfolge, so daß sie in der Zahl von 22 Mitgliedern in dieses Haus einging. Gleich nach diesen indirekten Wahlen fanden die Reichstagswahlen statt und da hatten wir bedeutende Mißerfolge und haben zwei Mandate verloren. Aber trotzdem ist von unserer Seite niemals ein Wort gesprochen worden für die indirekten Wahlen und niemals ein Wort gegen die direkten Wahlen. Wir haben immer für die direkten Wahlen gesprochen und sie verlangt, weil sie eine Forderung des Volkes sind und weil sie der Wahrheit und Gerechtigkeit entsprechen.

Der Herr Gönner und der Herr Blum haben die Ansicht ausgesprochen, daß nur die Bewohner der Städte das direkte Wahlrecht verlangen, nicht auch die Landbewohner. Daraus sieht man, daß sie eben das Land und die Landbewohner nicht kennen, wer aber auf das Land geht oder mit den Landleuten in Verkehr kommt, der weiß gut, daß das Landvolk noch viel mehr als die Stadtbewohner nach dem direkten Wahlrecht schon längst ein Verlangen habe, es müßte nur gerade im Landamt Heidelberg der Fall sein, wo man allerdings sogar den Herrn Strübe gewählt hat, der sich offen als Gegner des direkten Wahlrechts sogar auch für den Reichstag ausgesprochen hat. Es wird das der einzige Wahlbezirk sein, wo ein Abgeordneter, der sich so gegen das direkte Wahlrecht ausgesprochen hat, noch einmal gewählt wurde. Der Herr Staatsminister ist darin auch im Irrthum, indem er auch die Bewohner des Landes offenbar nicht kennt, er behauptet ja, sie seien erst von gestern und sagte, die Bewegung sei nur so aufgebauscht, sie sei gar nicht so tief gewesen, daß sie eine Beachtung verdiene. Weiß denn der Herr Staatsminister nicht, daß es seit 20 Jahren ein offen und laut geäußertes Verlangen des ganzen badischen Volkes ist, daß das direkte Wahlrecht auch für den Landtag eingeführt werde. Wie kann man über ein so oft ausgesprochenes und ausgebreitetes Verlangen des Volkes so leicht weggehen und dasselbe so geringschätzig behandeln, und namentlich die Wahlen, welche zuletzt nach dem direkten Wahlrecht stattgefunden haben, so geringschätzig beurtheilen, wie der Herr Staatsminister, wenn man die Sache recht kennt? Wir müssen auch hier sagen, daß er vielleicht nicht ganz richtig berichtet worden ist und die Sache falsch beurtheilt und daß er deshalb auch auf seinem veralteten Standpunkt stehen bleibt, das indirekte Wahlrecht beibehalten zu wollen.

Mit großer Freude habe ich aus dem Majoritätsbericht des Herrn Fieser, welcher ja von der nationalliberalen Majorität der Kommission, welche der Majorität dieses Hauses entspricht, gutgeheißen und zum Beschluß erhoben worden ist, ersehen, daß diese Majorität jetzt endlich ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber dem direkten Wahlrecht aufgegeben hat und die Einführung desselben für nothwendig erachtet. Aber diese Freude wurde getrübt durch die verschiedenen Einschränkungen, Bedingungen und Kautelen, welche der Zulassung des direkten Wahlrechtes beigefügt wurden und wodurch dasselbe illusorisch gemacht wird. Es scheint mir, daß der Mehrheitsbeschluß seinem Hauptzwecke nach auf dasselbe hinauskommt, wie das, was der Herr Staatsminister deutlicher und offener ausgesprochen hat, auf eine Ablehnung des direkten Wahlrechtes. Der Staatsminister sagt von seinem alten, aber veralteten Standpunkt aus einfach: „Die Regierung bewilligt das direkte Staatsrecht nicht". Der Kommissionsbericht sagt aber, wir wollen es bewilligen, aber unter solchen Bedingungen, daß es doch nicht zu Stande kommt. Ich mußte erstaunen über die vielerlei Befürchtungen von Gefahren, welche das direkte Wahlrecht bringen sollte und ich konnte anfangs nicht begreifen, wie der Herr Berichterstatter Fieser diesen Befürchtungen im Bericht Ausdruck geben konnte.

Ich kann doch unmöglich annehmen, daß der Herr Berichterstatter etwas in den Bericht hineingeschrieben habe, was er selbst nicht glaubt, und doch konnte ich anfangs nicht glauben, daß er diese Befürchtungen wirklich hege, daß ein Mann, wie Herr Fieser, der sich so lange schon im öffentlichen Leben bewegt, solche Besorgnisse habe von dem direkten Wahlrecht. Aber nach weiterem Nachdenken kam ich zum Erkenntniß, daß es doch so sein könne, denn die Nationalliberalen haben von jeher die Gewohnheit, daß sie ihre Partei für identisch mit dem Staate halten und was ihrer Partei nachtheilig ist, das halten sie auch für ein Unglück des ganzen Staates. Nun ist ja nicht zu bestreiten, daß die letzten direkten Wahlen nicht nur dem Herrn Fieser persönlich, sondern der ganzen nationalliberalen Partei sehr nachtheilig waren und der ganzen Partei eine großartige Niederlage bereiteten. Das halten sie nun für ein Staatsunglück, aber der Staat hat darüber keinen Schaden gelitten, weder das Reich noch der badische Staat. Im Gegentheile. Und wenn es einmal der Fall wäre, daß die nationalliberale Partei in diesem Hause in die Minderheit gedrängt wäre, so würde der badische Staat darüber nicht zu Grunde gehen.

Aber so schlimm ist es auch nicht, es würde auch die direkte Wahl keine so große Verschiebung der Majoritätsverhältnisse in diesem Haus zu Stande bringen, auch nicht größer als die letzten indirekten Wahlen es zu Stande gebracht haben, es würde auch nicht ein gar zu gefährliches und staatsumwälzendes Experiment in der Kammer vorkommen, wenn einmal die nationalliberale Partei nicht mehr am Ruder wäre. Wir wollen auch den Staat nicht ruiniren, weder mit dem direkten noch mit dem indirekten Wahlrecht. Nun was haben Sie denn da für Kautelen vorgeschlagen, eine Abänderung der Ersten Kammer. Was erwarten Sie denn nun von dieser vorgeschlagenen Abänderung? Wenn nun ein paar Kommerzienräthe oder Oberbürgermeister mehr in der Ersten Kammer sitzen, was wäre es denn damit? Ich glaube durchaus nicht, daß die Oberbürgermeister, die in unserer Kammer sitzen, irgend ein Verlangen haben, in die Erste Kammer befördert zu werden. Wenn wir z. B. den Oberbürgermeister von Heidelberg aus unserem Haus in die Erste Kammer abtreten müßten, wer würde dann die vielen Kommissionsberichte machen. (Heiterkeit.)

Wir verlangen durchaus keine weitere Aenderung der Ersten Kammer, wir haben auch nichts dagegen, denn die Erste Kammer ist allerdings etwas, was der Verbesserung bedürftig wäre, es wären aber ganz andere Dinge nothwendig, als die im Kommissionsbericht vorgeschlagenen, namentlich ist es der Uebelstand, daß dort einzelne Personen ein doppeltes Wahlrecht besitzen, aktiv und passiv das Wahlrecht in der ersten und zweiten Kammer besitzen und ausüben und das sind die Universitätsprofessoren, die wählen zuerst in die Zweite Kammer als Urwähler, sie wählen die Wahlmänner, werden als Kandidaten für die Zweite Kammer aufgestellt und wenn sie dann da durchgefallen sind, dann kommen sie in die erste Kammer. (Heiterkeit.)

Sehen Sie einmal zu, es wäre gewiß auch zweckmäßig, wenn man den Grundherren jede Theilnahme in der Zweiten Kammer untersagen würde, wie man auch den Universitätsprofessoren diese Theilnahme an der Zweiten Kammer nehmen sollte. Ein anderer Uebelstand ist der, daß die Grundherren auf 8 Jahre gewählt werden und die Universitätsprofessoren nur auf vier Jahre und daß die acht vom Großherzog ernannten Mitglieder der Ersten Kammer auch zuerst für die Zweite Kammer wählen, Wahlmänner werden und mitunter auch Kandidaten für die Zweite Kammer. Es ist auch schon vorgekommen auch dort, daß wenn einer in der Zweiten Kammer durchgefallen ist, er nachträglich in die Erste ernannt wurde. Das sind Uebelstände, die gehören abgeschafft. Es soll wenigstens die Großherzogliche Ernennung — und da braucht man gar keine Verfassungsänderung — vor den Wahlen zur Zweiten Kammer stattfinden, damit man schon wüßte, wer Mitglied der Ersten Kammer ist.

Präsident: Diese Erörterung führt uns etwas stark über den Gegenstand hinaus.

Gerber: Es soll also die Wahl der Professoren vor der Wahl der Zweiten Kammer stattfinden, damit ist dieser Punkt erledigt. Zunächst war der Eindruck, den ich beim Lesen dieser Kautelen bekam, der, daß die Herren uns das direkte Wahlrecht jetzt noch nicht geben wollen und daß man eine Ausflucht sucht, wenigstens noch eine Rothfrist für das indirekte Wahlrecht wenigstens noch für den nächsten Landtag herauszubringen, während unser Verlangen dahingeht, jetzt gleich auf diesem Landtag das direkte Wahlrecht zu erhalten, damit gleich die nächste Landtagswahl nach dem direkten Wahlrecht stattfinden könnte. Darum ist unser Antrag so gestaltet, alles andere haben wir weggelassen, die Integralerneuerung haben wir weggelassen. Ein sehr zweckmäßiger Vorschlag in unserem Antrag ist auch der, daß die Eintheilung der Wahlkreise nicht ein Verfassungsgesetz sei, sondern ein anderes gewöhnliches Gesetz, welches leichter abgeändert werden könnte. Doch auch darauf könnten wir noch verzichten, wenn wir nur das direkte Wahlrecht bekommen, das wäre die Hauptsache. Nun hat der Herr Staatsminister, aufrichtiger und offener als der Kommissionsbericht, eben sich dagegen ausgesprochen und erklärt, mit dem direkten Wahlrecht könnte sich die Regierung durchaus nicht einverstanden erklären. Nun im Grunde kommt der Kommissionsbericht auch darauf hinaus, es ist auch das nämliche, nur daß er nicht mit klaren Worten wie der Herr Staatsminister es sagt, aber dem Erfolge nach ist es das nämliche. Es heißt eben, das direkte Wahlrecht wird noch nicht gegeben, es werden Schwierigkeiten gemacht und kommen Bedingungen herein, damit wir jedenfalls noch einige Zeit von demselben verschont bleiben und von seinen schrecklichen, fürchterlichen Folgen, die von ihm zu erwarten sind. Der Herr Staatsminister hat in seiner gestrigen Rede allgemein einen sehr unglücklichen Eindruck hervorgerufen, allgemein, denn ich glaube auch sagen zu dürfen, auf jener Seite drüben. Wenn ich jetzt nun die beiden vorgeschlagenen Veränderungen behandle, so kann ich aussprechen, daß die ganze Zweite Kammer mit der Aenderung des indirekten Wahlrechts in das direkte einverstanden ist, ausgenommen den Herrn Strübe.

Nur der Herr Staatsminister steht der ganzen Kammer und der ganzen Bevölkerung gegenüber mit seiner Weigerung. Das ist etwas Unerhörtes, ein liberaler Minister, der sich vor der Masse fürchtet und sie als Schreckgespenst hinstellt, vor dem die Regierung sich fürchten muß. Das ist mir ein schöner Liberalismus, wenn man sich vor dem Volk fürchten muß. Das Volk sind die einzelnen Bürger und die Massen sind es, die den Staat groß machen und ohne die Massen ist nichts großes auszurichten. Die Massen brauchen wir nicht zu fürchten, mögen auch einige unordentliche Köpfe in der Masse vorhanden sein, solche gibt es auch unter den oberen Zehntausend und die haben auch schon manches Unheil angerichtet. (Heiterkeit.)

Wir fürchten die Massen nicht und wir wissen, daß auch unter der Masse ein guter Kern ist und daß die Mehrzahl der Masse gut gesinnt ist und das bessere will. Es mögen Irrthümer mit hereinkommen, aber umstürzende Gedanken hat die Masse nicht, im Gegentheil, die große Menge will den Staat erhalten in seinem jetzigen Zustand, namentlich was die Monarchie anbelangt. So ist keine Rede davon, daß die Masse dieselbe umstürzen will, das sind einige Köpfe, die ohne Belang sind, die kann man, trotzdem man das direkte Wahlrecht hat, soweit übergehen, deßhalb ist keine Gefahr vorhanden für die Monarchie oder für eine andere Einrichtung des Staates, sondern es ist nur dem Volk sein Recht gegeben und sein Wille erfüllt, den es ausgesprochen hat.

Unser Wunsch ist vor allem, jetzt gleich und noch auf diesem Landtag das direkte Wahlrecht zu erhalten.

Deutschland.

Berlin, 19. Mai.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bespricht die militärische Machtstellung Italiens und sagt, der Ausgang der Kabinetskrisis habe gezeigt, daß die italienische Nation von dem Bewußtsein durchdrungen sei, daß es seiner ungeminderten Heeres- und Flottenmacht seine Sicherheit verdankt. Deutschland begrüße das militärische Erstarken der Verbündeten freudigst und erblicke darin ein Element der Befestigung des europäischen Friedensbundes.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung des Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, Harrison, worin die Bedingungen der Copyright-Akte bezüglich Deutschlands für erfüllt erklärt werden.

— Graf und Gräfin Hoyos, ihre Tochter Margarethe, sowie Graf Herbert Bismarck sind hier heute Mittag auf der Reise nach Friedrichsruh eingetroffen.

Flensburg, 19. Mai. Die dänisch gesinnten Nordschleswiger wollten eine Deputation südjütischer Kinder unter Führung von Frauen nach Kopenhagen senden, um dem Könige das Bild der Flensburger Föhrde zur goldenen Hochzeit zu schenken. Der Kopenhagener Hof lehnte die Huldigung ab.

Ausland.

Paris, 19. Mai. Nach den neuesten Veröffentlichungen päpstlicher Organe aus Rom, scheint jede Verbindung zwischen der Kirche und der Monarchie endgiltig abgeschnitten zu sein, und selbst monarchistische Blätter suchen nicht mehr die Vorstellung aufrecht zu erhalten, daß der Papst im Grunde doch mit ihnen einverstanden sei. Dagegen nimmt das officielle Organ des Grafen von Paris offen den Kampf auf und sagt, daß die Monarchisten eine katholische Partei seien, die sich um den Papst nicht zu kümmern habe und thun werde, was ihr gut erscheine.

London, 19. Mai. Lord Salisbury hob in einer Versammlung der Konservativen Hastings den durchaus friedlichen Charakter der auswärtigen Angelegenheiten hervor. In dem Zwiespalt mit den Kapitalisten thäten die Arbeiter Unrecht, die Gesetzgebung anzurufen. Streiks müßten zukünftig durch Schiedsgerichte geschlichtet werden. Gegen die im Auslande vorherrschende schutzzöllnerische Bewegung müsse England Gegenseitigkeits-Verträge abschließen.

Petersburg, 19. Mai. Der Bau einer Eisenbahn am Narew, welche strategischen Zwecken dienen soll, wurde beschlossen. Die Baukosten betragen über 4½ Millionen Rubel.

Bendzin (Russisch-Polen), 19. Mai. Zwei Arbeiter sprengten das Haus des jüdischen Handelsmannes David Merin mit Dynamit theilweise in die Luft. Als Grund wird religiöser Fanatismus angenommen.

Rom, 19. Mai. Der Kammerpräsident Biancheri ist noch immer zu seinem Rücktritt entschlossen. Die Regierungspartei hat sich über einen Kandidaten noch nicht geeinigt. Die Opposition möchte Rubini aufstellen. Beharrt Biancheri bei seinem Entschlusse, dann könnte die Lage kritisch werden. Die Regierung wird alle Finanzvorlagen Luzzattis zurückziehen.

Lissabon, 19. Mai. Wie zuverlässig verlautet, ist der Finanzminister entschlossen, zurückzutreten. Der gegenwärtige Premierminister werde ein neues Kabinet bilden und sich selbst das Finanzportefeuille vorbehalten.

Athen, 18. Mai. Gestern Abend ist der König mit der ganzen Familie zur Theilnahme an den Festlichkeiten in Kopenhagen abgereist.

Baden.

Karlsruhe, 19. Mai. Das Verordnungsblatt Nr. 20 der Generaldirektion der großh. badischen Staatseisenbahnen enthält das Betriebsrechnungseinkommen zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn.

** **Karlsruhe**, 19. Mai. So hätte sich wohl Niemand den ersten Theil der heutigen Kammerverhandlung gedacht, wie er in Wirklichkeit verlaufen ist. Man ist es gewohnt, daß Präsident Lamey beim Kapitel der Eisenbahnschuldentilgung von seinem Abgeordnetensitze aus das Wort ergreift. In Sachen der Eisenbahnpolitik vertritt er die zurückhaltende Vorsicht eines zähen Finanzministers. Es gab ja auch eine Zeit, in welcher man von der Möglichkeit eines Finanzministeriums Lamey gesprochen hat. An der Begabung Lamey's für diesen Posten ist oder war so wenig zu zweifeln, wie an dem nöthigen theoretischen und praktischen Wissen. Aus seinen heutigen Ausführungen seien nur zwei Punkte hervorgehoben. Sehr eindringlich mahnte der Redner zu langsamem Vorgehen im Bau neuer Bahnen. Je langsamer vorgegangen werde, desto mehr bestehe Aussicht, daß nach und nach alle oder doch möglichst viele berechtigte Eisenbahnwünsche ihre Erfüllung finden und umgekehrt. An die Großh. Regierung richtete er die Bitte, die Eisenbahnverwaltung nicht mehr als gesonderten Verwaltungszweig vom Uebrigen auszuscheiden, sondern das Eisenbahnbudget in das allgemeine Budget einzureihen und eine andere Anordnung der einzelnen Titel zu treffen, um die klare Uebersicht zu erleichtern. Mit dem ersten dieser beiden Punkte fand er bei Finanzminister Eisstätter lebhaften Beifall, mit dem zweiten Widerspruch. An Komplimenten fehlte es übrigens auch da nicht, wo er Widerspruch erhob und Irrthümer berichtigte. Seine eigene Eisenbahnpolitik strich er mit einem starken Anflug ausgeprägter Selbstgefälligkeit heraus. Nunmehr sollte die Ueberraschung kommen. Der nationalliberale Abg. Wittum, Vertreter der Stadt Pforzheim, brachte die Mißstände am Pforzheimer Bahnhof zu Sprache und schilderte das Verfahren der Generaldirektion und des Finanzministeriums. Daß Eisenbahn- oder Bahnhofschmerzen auch bei Berathung des Budgets der Eisenbahnschuldentilgung vorgetragen werden, ist man nicht gewohnt. Es war darum sehr erklärlich, daß der Präsident (1. Vicepräsident v. Buol) den Redner zu möglichster Kürze mahnte und Zweifel äußerte, ob er eigentlich zur Sache spreche. Der sonst in der Regel sehr ruhige und gemessene Wittum hatte aber von vornherein einem sehr großen Zorn Luft zu machen. Wie er gleich nachher erzählte, hatte sein „Freund" Friderich vor der Sitzung ihn mit der Mahnung geärgert, sich ja recht kurz zu fassen und nun auch noch diese Unterbrechnung durch den Präsidenten! Die Selbstbeherrschung verließ ihn und er überschüttete den Generaldirektor, den Finanzminister und im Vorbeigehen die gesammte Regierung mit Vorwürfen, die nach Inhalt und Form zum Stärksten gehören, was seit Jahrzehnten in der II. badischen Kammer gegen Minister gesprochen wurde. Die Mißstände am Pforzheimer Bahnhof sind sehr groß, auf die Dauer unerträglich, ja geradezu lebensgefährlich: so schilderte er sie und er mag nicht in Allem Unrecht haben. Allein er hofft nicht viel bei den ihm bekannten „Charaktereigenschaften" des Generaldirektors Eisenlohr und des Finanzministers Eisstätter. Ersterer hat den Pforzheimern „grob" geantwortet, letzterer sie „wo möglich noch schroffer" abgewiesen. Der Herr Finanzminister ist eben „verwöhnt", ein „sehr verwöhnter Herr." Es wird ihm zu viel „Lob" und „Dank" ausgesprochen. Wird da irgendwo Etwas in's Leben gerufen, so wird dem Finanzminister „gedankt", wie wenn es „aus seiner eigenen Tasche bezahlt" würde. In Pforzheim wird er nichts thun, „bis ein Unglück passirt ist"; dann aber gehört der Finanzminister mit dem Generaldirektor „vor das Schwurgericht" und nicht dieser oder jener „mittlere Beamte." Selbst der jetzige Oberbürgermeister, der ein außerordentliches Geschick hat, durch persönlichen Verkehr zugänglich zu stimmen, und Etwas zu erreichen, findet bei den Herren in Karlsruhe kein Gehör und will nur mit Widerstreben mit ihnen verkehren. Ueberhaupt will man in der Residenz das alte Pforzheim gar nicht kennen, weder seine Verhältnisse noch seine Bedürfnisse. An den entlegensten Punkten ferner Welttheile weiß man von Pforzheim mehr als in der badischen Residenz. So ist es nicht zu verwundern, wenn die Stimmung der Bevölkerung immer bedenklicher wird. Wenn die Regierung selbst so wenig thut, den „staatserhaltenden Elementen" Rückhalt zu gewähren, warum sollen denn gewöhnliche Bürger es sich angelegen sein lassen, den politischen Besitzstand zu erhalten . ." Er selber ist froh, in drei Wochen die Geschichte los zu bekommen und fern vom politischen Getriebe am stillen häuslichen Herde Betrachtungen darüber anzustellen, wie „manchmal „die Welt regiert wird." Ein anderer wird kommen, um Pforzheim zu vertreten, aber nicht Einer vom Centrum, auch nicht Einer, der sich neben Herrn Muser setzt, sondern Einer von jenen, „die mit eiserner Konsequenz ihr Ziel verfolgen" und denen nach der Meinung Vieler „die Zukunft gehört!" **Daran hat der Finanzminister die Schuld, wie er auch die Schuld hat am Ausfall der letzten Wahlen.**

Das der ungefähre Inhalt des Wittum'schen Klageliedes. Leider ist der Text keineswegs genau; die markantesten Stellen sind nicht wörtlich und die Melodie fehlt ganz. Die Wirkung dieses Klageliedes auf die Zuhörer im unteren Raume der Kammer ist nicht zu beschreiben. Wenn es möglich gewesen wäre ein Gesammtbild der Zweiten Kammer herzustellen und all' die Eindrücke getreu wieder zu geben, die aus den überraschten und stellenweise sehr verdutzten Gesichtern deutlich zu lesen waren, so müßte es das psychologisch interessanteste Bild der Welt geben. Und doch war in diesem Stadium das Interessanteste noch gar nicht zu Tage gefördert. Der so unerhört angegriffene Finanzminister Eisstätter erhob sich zur Erwiderung. Er hatte wiederholt die Farbe gewechselt und durch Bewegungen zu seinem Nachbar hin merken lassen, daß das sehr grobe Geschütz von Pforzheim her einigen Eindruck auf ihn gemacht hatte. Die Ruhe verlor er aber nicht. Um so wirkungsvoller war namentlich Etwas, was er dem Abg. Wittum und in dessen Person der ganzen nationalliberalen Fraktion sagte. Er warf seinem Gegner starke Uebertreibung vor und charakterisirte dessen Angriff als einen solchen, wie er bisher selbst von socialdemokratischer Seite nicht unternommen worden sei. „Kann noch kommen," rief Abg. Rüdt bei diesen Worten ihm zu. Dann aber vervollständigte er Wittum's Erzählung über die Unterredung zwischen ihm und der Pforzheimer Deputation in den Räumen der Kammer. Nach seiner Erzählung hat Abg. Wittum schließlich damit bei ihm durchdringen wollen, daß er ihm die Nichtwiederwahl eines nationalliberalen Abgeordneten in Aussicht stellte, falls die Pforzheimer Wünsche nicht erfüllt würden. Bei Turban oder Eisenlohr hätte er wohl mit einem solchen Trumpf das Spiel gewonnen, bei Eisstätter aber war es damit erst recht verloren. **„Ich habe nicht dafür zu sorgen, daß Sie wieder gewählt werden."** Das war Eisstätter's Antwort, womit die Verhandlung ihren Abschluß fand. Das war auch das Interessanteste in der ganzen Entgegnung des Finanzministers und dasjenige, was allgemeine hochpolitische Bedeutung hat. Was er über das Verhalten der Pforzheimer Stadtverwaltung in der ganzen Angelegenheit erzählte und über die Stellung der Regierung in den verschiedenen Stadien, welche die Geschichte durchlief, kann füglich übergangen werden. Abg. Wittum ergriff zum zweiten Male das Wort und auch sein Pforzheimer Kollege und Fraktionsgenosse Gefell, sowie der Vertreter des Landbezirkes Pforzheim, Frank, sekundirten ihm nach Kräften. Nach dem Dialog zwischen Wittum und Eisstätter konnten ihre Ausführungen indessen nur wenig Interesse erwecken, wenigstens die des Abg. Frank. Etwas anderes waren die des Abg. Gefell, der mit einer ihm sonst nicht eigenen Energie und Kriegslust weitzuschlagen suchte, was Eisstätter dem Pforzheimer Stadtrath vorgeworfen hatte. So sehr auch Eisstätter sich in den Reihen der Abgeordneten umsah, zeigte sich doch auf keiner Seite Lust, in den Dialog Eisstätter-Pforzheim einzugreifen. Es kann nicht Aufgabe des Centrums sein, nationalliberalen Abgeordneten in den Arm zu fallen, wenn sie auf ein Mitglied des Ministeriums Turban losschlagen und in gewissen Kreisen herrscht so ausgeprägte „Sachlichkeit", daß ein Minister scharf angesehen werden kann, wenn ein Centrumsmann ihm gegen nationalliberale Angriffe sekundirt. Das Schweigen des Centrums kann also nicht auffallen. Daß aber auch auf nationalliberaler Seite Niemand ein Wort fand, um zum Allermindesten die fatalsten Bemerkungen Wittum's zu mildern oder einzuschränken, das ist charakteristisch. Nicht einmal der Abg. Friderich, der seit Jahrzehnten so gut wie irgend Jemand im Finanzministerium persönlich bekannt ist und als Präsident der Budgetkommission der nationalliberalen Regierung größere Dienste geleistet hat als die ganze nationalliberale Fraktion zusammengenommen; nicht einmal dieser Mann fand ein milderndes Wort. Der sonst allezeit zum Einspringen bereite Fieser schwieg gleichfalls; man konnte meinen, die Fraktion habe Kopf und Zügel verloren. Nur Einer wollte sich nicht enthalten, das Wort zu ergreifen — der Abg. Rüdt. Er setzte sich wieder einmal auf's hohe Roß, die Nationalliberalen haben dem Herrn die Steigbügel möglichst bequem dazu eingerichtet. Mit einem Selbstbewußtsein, das keineswegs im Verhältniß zur wirklichen Bedeutung des Mannes steht, kündete er den Sieg der Socialdemokraten in Pforzheim an, wenn den Nationalliberalen auch die erbetene „Staatshilfe" geleistet werden sollte. Was soll man zum ganzen Zwischenfall sagen? Einige Erwägungen drängen sich ganz von selber auf: Ganz abgesehen von der Frage, ob das Finanzministerium mehr oder weniger im Unrecht ist, muß Wittum's Angriff der Hauptsache nach als zu weitgehend bezeichnet werden. In der nationalliberalen Presse ist der Abg. Wacker maßlos angegriffen und verdächtigt worden ob seines Vorgehens und seiner Sprache gegen die Herren Turban und Eisenlohr. Nun ist aber Wacker's Auftreten und Sprechweise gegen die beiden genannten Mitglieder der Regierung durch Wittum's Angriffe auf Eisstätter weit in Schatten gestellt.

In den oberen Regionen mag man daraus ersehen, welcher Art der nationalliberale Respekt vor der „Autorität" der Regierung ist und welche Sprache die Herren zu führen im Stande sind, wenn die Regierung oder ein Mitglied derselben ihnen nicht zu Willen ist. Das sind die „staatserhaltenden" Leute in Baden! Der Abg. Wittum gehört zweifellos zu den am meisten sympathischen Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion, zu jenen, die in kirchlichen und politischen Fragen sofort mit anderen Bahnen sich befreunden und auch für Centrums-Anschauungen und -Wünsche zugänglich sind, sobald eine andere Fraktionsleitung es nicht unmöglich macht und nicht Männer wie Turban und Eisenlohr der Regierung das Gepräge geben. Wenn nun ein solcher Politiker, der mehr als die meisten seiner Parteigenossen die Fähigkeit sich gerettet hat, sachlich und vorurtheilslos zu urtheilen und zu handeln, dem Minister gegenüber die Eventualität einer nationalliberalen Wahlniederlage in's Treffen führt und mit staunenswerther Harmlosigkeit selber öffentlich erzählt, so ist es ein schlagender Beweis dafür, wie tief es den Nationalliberalen in Fleisch und Blut über-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gegangen ist, daß die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung bei ihren Maßnahmen Bedacht nehmen sollen auf nationalliberale Parteivortheile oder Nachtheile. Das aber ist nichts weniger als ein „staatserhaltender" Standpunkt, viel eher das direkte Gegentheil. Das sollten gerade die oberen Regionen am meisten verstehen und würdigen. Unter schweigender Zustimmung der nationalliberalen Kammermehrheit wäre nunmehr der Sünder entlarvt, der die gewaltige Wahlniederlage der Nationalliberalen auf dem Gewissen hat. Die Herren Turban und Eisenlohr haben sich angelegentlich bemüht, Oben und Unten die Ueberzeugung zu wecken, daß einige „Volksverführer" im Centrum und in der Demokratie die Attentäter seien, die den „Staat" erschüttert und seinen Fortbestand in Frage gestellt haben. Nun aber säße der Attentäter im Ministerium selber und wäre kein geringerer als derjenige, der den „nervus rerum" des badischen Staates in seiner Obhut hat. Das ist ja ein ganz gefährlicher Zustand, dem nicht rasch genug ein Ende bereitet werden kann!

„Ich habe nicht dafür zu sorgen, daß Sie wieder gewählt werden", hat der schwer angegriffene Minister gesagt und damit „dem Faß den Boden ausgeschlagen." Das ist ja auch ein Standpunkt, der den Fortbestand der nationalliberalen Machtstellung in Baden in Frage stellt. Gewiß! allein gerade deßhalb hat er in Baden eine geradezu monumentale Bedeutung und entspricht einzig und allein den wahren Staatsinteressen. Es liegt nun eine eigene Ironie darin, daß es gerade ein Minister jüdischer Konfession ist, der im Lande Baden diesen „staatserhaltenden" Standpunkt hochhält und darob — von der „Regierungspartei" mit dem gröbsten Geschütze angegriffen wird. Noch eine andere Erwägung drängt sich von selber auf. „Ich habe nicht dafür zu sorgen, daß Sie wieder gewählt werden", spricht Ellstätter. Und wie spricht Eisenlohr? Gerade umgekehrt, wie er in der Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern bewiesen hat. Das Centrum und speciell der Abg. Wacker hat also die große Genugthuung, daß ein wesentlicher Faktor des Ministeriums Turban den Standpunkt vertritt, den er selbst gegen Turban und Eisenlohr mit aller Energie vertreten hat. Das dürfte denn doch dazu beitragen, daß man in den oberen Regionen die Turban-Eisenlohr'schen Urtheile über das Centrum etwas anders taxirt, als es bisher der Fall war. Die Frage, ob Ellstätter und Eisenlohr zusammenpassen, um gemeinsam den Staatswagen zu dirigiren, mögen andere erörtern. Wir vom Centrum setzen keine Hoffnungen auf ein ferneres Verbleiben Ellstätter's und haben auch keine Angst vor einem Verbleiben Eisenlohr's, soweit unsere Partei-Interessen in Betracht kommen.

Karlsruhe, 20. Mai. Die „Bad. Ldstztg." läßt sich „vom Lande" berichten, daß sich unter der Landbevölkerung gewisse „Kammermüdigkeit" bemerkbar mache, Niemand wolle die Kammerverhandlungen mehr lesen und Jedermann wünsche sehnlichst das Ende des Landtages herbei. Das geben wir zu, denn wenn die Feldgeschäfte der Landmann in's Freie rufen, will er nichts mehr von Politik wissen und auch die Städter machen in dieser schönen Jahreszeit viel lieber Ausflüge, aber gehen spazieren, als daß sie sich in ihrer freien Zeit mit der Lektüre von Kammerberichten langweilen, namentlich wenn dieselben trockene landwirthschaftliche oder gewerbliche Fragen und nicht etwa von „Gehaltsaufbesserungen" handeln. Wenn aber der Gewährsmann der „Bad. Ldstztg." noch hinzufügt, sogar die Verhandlungen über das direkte Wahlrecht seien im ganzen Lande fast unbeachtet vorübergegangen, so kennt er die Stimmung im Volke so wenig, wie der Herr Staatsminister Turban; soweit wir Fühlung mit dem Volke haben, bemerken wir das Gegentheil, und wir zweifeln nicht daran, daß auch die Wahlen im Jahre 1893 dies bestätigen werden; auch die jüngsten Verhandlungen über die Gewerbekammern und das Kunstweinsteuergesetz dürften bei den betreffenden Interessenkreisen schon etwas Beachtung gefunden haben. Im Uebrigen sind, wie das gestrige Rencontre Wittum-Ellstätter zeigt, einige Herren eifrigst bestrebt, daß die Kammerverhandlungen interessant werden.

Karlsruhe, 20. Mai. Wie der „Bad. Korresp." mitgetheilt wird, sind Anordnungen ergangen, die den Zweck haben, bei den Eisenbahnwerkstätten der Großh. Staatsbahnen geordnete Vertretungen der Arbeiter einzurichten und es sollen die Wahlen in diese Arbeiterausschüsse schon in der nächsten Zeit stattfinden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Mai.

80. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Minister Ellstätter erwidert, der Abg. Wittum sei wirklich sehr schneidig aufgetreten, so schneidig, wie er es von den Socialdemokraten allerdings noch nicht erfahren habe. (Rüdt: Kann noch kommen.) Seine Rede sei ein Ausdruck der Leidenschaft gewesen, auch habe er die Sachlage nicht richtig dargestellt, sondern sehr übertrieben. Die Pforzheimer seien mit den Vorschlägen der Regierung niemals einverstanden gewesen, hätten immer neue Wünsche gehabt, die nicht alle erfüllt werden konnten. Da der Abg. Wittum so sehr persönlich geworden sei, wolle er nur bemerken, daß er bei seiner letzten Unterredung ihm (dem Minister) gesagt habe, wenn unseren Wünschen nicht entsprochen wird, werden wir nicht mehr gewählt, worauf er (Redner) erwidert habe, das könne ihn nicht bestimmen, die Pforzheimer sollten sich zunächst selbst darüber klar werden, was sie eigentlich wollen.

Abg. Gesell bestätigt in nicht weniger heftiger Weise als der Abg. Wittum, dessen Ausführungen bezüglich des Pforzheimer Bahnhofes und fordert die Regierung auf, die Mittel zu verwenden, die vom letzten Landtag bereits für diesen Zweck genehmigt worden seien.

Abg. Wittum weist darauf hin, daß die Stadt Pforzheim von der Kammer als Stiefkind behandelt werde und könne recht gut die verlassene Stadt genannt werden. Zum Finanzminister habe er gesagt, wenn die berechtigten Wünsche der Pforzheimer nicht erfüllt werden, würden die Pforzheimer keinen regierungsfreundlichen Abgeordneten wählen, dann würden auch sie fliegen. Wenn aber der Regierung nichts daran liege, wenn Socialdemokraten in den Landtag kämen, brauche er sich auch nicht darob zu krämen.

Abg. Frank bestätigt ebenfalls die Berechtigung der von dem Abg. Wittum und Gesell vorgetragenen Wünsche und hält das Vorgehen der Pforzheimer Stadtverwaltung für vollständig korrekt. Er hoffe, daß die Wünsche der Pforzheimer erfüllt werden.

Abg. Rüdt will in keinen Konkurrenzkampf mit dem Abg. Wittum darüber eintreten, wer dem Herrn Finanzminister am besten die Wahrheit sagen könne; er wolle nur konstatiren, daß die Pforzheimer Nationalliberalen für die nächsten Wahlen die Staatshilfe in Anspruch nehmen, trotzdem werden aber die bösen Socialdemokraten aus diesen Wahlen als Sieger hervorgehen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Wittum und Wilckens werden die einzelnen Ausgabeposten genehmigt.

Die Einnahmen sind 1. Kassenvorrath für 1892 mit 122,164 M., für 1893 mit 127,473 M.; 2. die Aktiven für 1892 mit 10,719,752 M. und für 1893 mit 7,400,000 Mark eingestellt; für 3. Aktivzinsen sind je 150,000 M.; für 4. Dotation im Ganzen für 1892 auf 18,490,946 Mark und für 1893 auf 18,547,416 M. Die Summe aller Einnahmen beträgt für 1892 37,722,862 M., für 1893 auf 33,434,889 M. Alle diese Summen werden mit Ausnahme des Antheils an den Ueberschüssen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 500,000 M. ohne weitere Verhandlung bewilligt.

Beim Titel Einnahmen kommt Abg. Wittmer auf die Postgebäude in Bretten und Gernsbach zu sprechen, die er früher einmal im Landtag ihrer ungeschickten Lage wegen kritisirte, weßhalb er in der „Karlsruher Zeitung" von Seiten der Postbehörde angegriffen worden sei, ohne daß ihm eine Entgegnung in diesem Blatt gewährt wurde und worüber er nun aus diesem Grunde hier in diesem Hause seine Empörung über solche Angriffe ausspreche; er weise sie mit aller Entschiedenheit zurück, denn er habe die Sachlage der Wahrheit gemäß geschildert, das sei ihm von verschiedenen Seiten bestätigt worden.

Abg. Kögler bestätigt die in Bretten herrschende Unzufriedenheit und die richtige Schilderung des Abg. Wittmer.

Abg. v. Bodman bemerkt, daß in Gernsbach wegen Lage und Einrichtung des dortigen Postgebäudes, wie ihm auf seine Erkundigungen hin bestätigt wurde, keine Unzufriedenheit bestehe.

Darauf werden auch die Einnahmen genehmigt.

Am Ministertisch erscheint Nokk und Ministerialrath Jagemann.

Abg. Fieser erstattet darauf Bericht über den zweiten Punkt der Tagesordnung, nämlich über den Gesetzentwurf, die Besteuerung für allgemeine kirchliche Bedürfnisse. Er weist darauf hin, daß wie mit diesem Gesetz den Wünschen der radikalen Parteien, die Kirche und Staat von einander trennen wollen, einen gewaltigen Schritt näher kommen, freue sich aber, daß diese Trennung nicht vollständig eintrete, sondern gewisse Verbindungsglieder erhalten und noch gestärkt werden. Die Kirche müsse den Staat in der Erreichung seiner idealen Ziele unterstützen und habe deßhalb auch ein Recht darauf vom Staat materiell unterstützt zu werden, um ihre Diener ꝛc. zeitgemäß bezahlen und ihre sonstigen Bedürfnisse befriedigen zu können, soweit das Kirchenvermögen dazu nicht ausreicht. Allerdings frage es sich, ob die staatlichen Mittel solche seien, daß diese Unterstützung auch weiterhin in vollem Umfange gewährt werden könne, und da sei man in richtiger Würdigung der Sachlage auf das Gesetz vom Jahre 1860, das der Kirche ihre Autonomie einräume, zurückgekommen, indem man ihr das Recht gewähre, ihre Steuern selbst zu erheben, werde aber die 200,000 M. Staatsdotation für die evangelische und katholische Kirche weiter bezahlen. Das Bedürfniß dafür sei von der protestantischen Kirche schon längst nachgewiesen und auch von der katholischen Kirche sei dies in der letzten Zeit geschehen. Wenn das Gesetz angenommen und eingeführt sei, werde die protestantische Kirche in die Lage kommen, ihre Bedürfnisse voll zu befriedigen. Mit der steigenden Zahl der katholischen Geistlichen habe sich auch hier ein Bedürfniß nach Erhöhung des Staatszuschusses herausgestellt und er gebe sich der Hoffnung hin, daß auch bei ihr der Zustand eintreten werde, daß sie von dem Gesetz Gebrauch machen könne. Die Ansichten über die Art der Besteuerung seien in der Kommission verschiedene gewesen, der eine Theil derselben wollte die allgemeine Steuer, der andere nur die Einkommensteuer zur Grundlage des Gesetzes machen, worauf man sich dahin einigte 10 pCt. der gegenwärtigen Staatssteuer für kirchliche Zwecke zu erheben mit einem Höchstsatz von 20 Pfg. Sollte dieser Satz für die Zukunft zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse nicht ausreichen, so könne nur die Volkvertretung das Recht haben, diesen Satz entsprechend zu erhöhen. Er hoffe, daß auch die großh. Regierung diesem Beschlusse der Kommission beitreten werde. Ein Vortheil liege auch darin, daß die Steuer die kleineren und geringeren Leute am wenigsten trifft und doch die Kirchen in die Lage versetzt, all ihre Bedürfnisse in angemessener Weise befrieden zu können.

Abg. Kögler weist auf die vielen Bedürfnisse und ungereichenden Mittel der evangelischen Kirche hin, hält es aber auch im Interesse des Ansehens der Kirche nicht für angezeigt, daß ihr alljährlich außerordentliche staatliche Zuschüsse geleistet werden. Sie müsse selbst in die Lage versetzt werden, für ihre Bedürfnisse aufzukommen und dies sei nur möglich durch eine Kirchensteuer, wie sie im vorliegenden Gesetz vorgesehen sei und von der er annehme und hoffe, daß sie allgemeine Befriedigung herbeiführen werde.

Abg. Hug weist darauf hin, daß es 3 Hauptpunkte seien, die hier zur Sprache gebracht werden müssen, die Bedürfnißfrage, die Schaffung der Repräsentativkörper und die Steuerfrage. Die Bedürfnißfrage sei für beide Kirchen nachgewiesen und zwar auch katholischerseits, deren Geistliche zum Theil viel zu gering bezahlt seien. Eine Selbsthilfe, etwa durch Einführung des Klassensystems an Stelle des Pfründesystems, oder durch Beiziehung der allgemeinen Fonds sei nicht möglich oder wirksam, daß bezüglich der Schaffung der Repräsentativkörper nur allgemeine Grundzüge aufgestellt worden seien, und somit die Freiheit und das innere Wesen der Kirchen nicht berührt werden, freue ihn sehr. Große Debatten hätte der dritte Punkt, die Steuerfrage hervorgerufen. Der Vorschlag der Regierung, wie er im Gesetzentwurf niedergelegt sei, habe bezweckt, die allgemeine Kirchensteuer auf die gleiche Grundlage zu fügen, wie die örtliche Kirchensteuer, nämlich auf die Gemeindesteuerkataster. Hiebei sei die Absicht leitend gewesen, die örtliche Kirchensteuer gemeinsam mit der allgemeinen Kirchensteuer zu konstatiren und zu erheben, also thunlichste Vereinfachung und Ersparniß an Verwaltungskosten herbeizuführen. Gegen diesen Vorschlag sei aber das Bedenken mit Recht geltend gemacht worden, daß die örtliche Kirchensteuer nach wesentlich verschiedenen Grundsätzen zur Erhebung gelange, je nachdem sie für Kultusbedürfnisse (Erfordernisse für den Gottesdienst zum Beispiel Ornamente, Paramente, Wachs, Oel und dergleichen) oder aber für Kirchenbaulichkeiten bestimmt sei. Im ersteren Fall beschränke sich die örtliche Kirchensteuer auf die ortsanwesenden Konfessionsangehörigen, während im letzteren Fall der Kreis der Steuerpflichtigen sich erweitere und auch die konfessionsangehörigen Ausmärker, Stiftungen und Gesellschaften umfasse. Es sei daher nicht möglich, in allen Fällen eine Konkordanz der allgemeinen Kirchensteuer mit der örtlichen Kirchensteuer zu bewirken, da die allgemeine Kirchensteuer sich auf eine feste, von den die Verschiedenheit der örtlichen Kirchensteuer bedingenden Momenten unabhängige Regel stützen müsse. Man habe daher in der Kommission den Vorschlag der Regierung fallen lassen. Es haben sich in der Kommission bezüglich des Besteuerungsmodus zwei Richtungen geltend gemacht, die eine Richtung habe vorgeschlagen, sämmtliche direkte Steuergattungen, wie sie der Staatsbesteuerung unterliegen, zur Kirchensteuer beizuziehen und zwar in dem Verhältniß, wie sie zur Staatssteuer beigezogen seien. Die andere Richtung beabsichtigte die allgemeine Kirchensteuer lediglich an die Einkommensteuer anzuschließen, somit die Einkommensteueranschläge als die einzige Quelle der allgemeinen Kirchensteuer zu behandeln. Dem letzteren Vorschlag sei entgegengehalten worden, daß er die Einwohner der größeren Städte zu schwer belasten würde, indem dieselben 53 pCt. des gesammten Aufwandes, dagegen die Landbevölkerung 43 pCt. zu tragen hätten. Dieser Einwand würde den Redner als Mitglied der Kirchensteuerkommission nicht bewogen haben, von dem Vorschlag, die allgemeine Kirchensteuer ausschließlich auf der Grundlage der Einkommensteueranschläge aufzubauen, abzugehen. Es sei ihm aber mitgetheilt worden, daß es der dringende Wunsch der evangelischen Oberkirchenbehörde sei, das gemischte System, nämlich sämmtliche direkte Steuergattungen, zur allgemeinen Kirchensteuer in Anwendung zu bringen. Dieser Wunsch habe ihn bestimmt, dem Vermittlungsvorschlag, der nach Ostern von dem Herrn Berichterstatter in der Kommission gemacht worden sei, beizutreten. Dieser Vorschlag gestatte den Kirchenbehörden bezw. Repräsentativkörpern unter Voraussetzung, daß das Gesammtbedürfniß einer Kirche durch 10 pCt. der staatlichen Einkommensteuer, also mit zu Grundelegung eines Steuerfußes von 20 Pf. pro 100 Mk. Einkommensteueranschlag gedeckt werden könne, die allgemeine Kirchensteuer entweder auf das gemischte sämmtliche Steuerkapitalien und Anschläge umfassende System, oder aber nur auf die Einkommensteueranschläge zu stützen. Von großer Bedeutung seien die Bestimmungen des Gesetzentwurfes, wonach die Steuerkapitalien bis zu 600 Mk. und die Einkommensteueranschläge bis zu 200 Mk. von der allgemeinen Kirchensteuer befreit seien. Hiernach seien 61 pCt. aller Einkommensteuerpflichtigen, d. h. alle Diejenigen, die ein steuerbares Einkommen bis mit 900 Mk. beziehen, von der allgemeinen Kirchensteuer ausgeschlossen. Schließlich konstatirt Redner, daß bei den Kommissionsverhandlungen ein friedlicher, die Freiheit und Selbstständigkeit der Kirchen wahrender Geist gewaltet habe und wünscht, daß dieser Geist auch bei den bevorstehenden Verhandlungen das hohe Haus erfülle und die Arbeit zu einem gedeihlichen Abschluß führe. (Allgemeines Bravo!)

Abg. Strube: Die Rede des Abg. Hug habe im ganzen Haus einen sehr guten Eindruck gemacht und er habe die feste Ueberzeugung, daß der Wunsch des Vorredners in Erfüllung gehe, daß auch in diesem Hause die Verhandlungen einen friedlichen Verlauf nehmen werden. Redner bestätigt die mißliche finanzielle Lage in der evangelischen Kirche, die wir nicht bis zu einer allgemeinen Misere sich ausbilden lassen dürfen. Mit Amerika könne man unsere Verhältnisse nicht etwa vergleichen, da wir eben an unsere bestehenden Verhältnisse anknüpfen müßten. Von Verstimmung sei im Lande über dieses Gesetz nichts zu bemerken, umsomehr als fast alle weniger leistungsfähigen Leute von der Steuer ganz aufgenommen seien. Das Gesetz sei allerdings ein weiterer Schritt zur Trennung von Kirche und Staat, an eine volle Trennung glaube er aber nicht und wünsche sie nicht, der Staat solle stets ein Interesse auch für die Bedürfnisse der Kirche haben. Zunächst handle es sich darum, eine Versuchsstation zu machen unter Assistenz der Staatsdotation, um sich über die Größe der Steuerkapitalien und ihre Erträgnisse orientiren zu können. Er bitte mitzuwirken, daß das Gesetz zu Stande komme.

Abg. Wilckens hielt es nicht für richtig, daß auch die Grund- und Häusersteuerkapitalien zu der Kirchensteuer beigezogen werden sollten, und zwar sowohl bei der Ortskirchensteuer, wie bei der allgemeinen Kirchensteuer, da er nicht einsehen könne, was für einen besonderen Vortheil die Besitzer von Häusern von der Kirchensteuer hätten, dem Vermittlungsvorschlag könne er jedoch zustimmen.

Abg. Rüdt: Wir ständen vor der Frage einer neuen Steuer, die sei in der Regel nicht populär, sie trage ein gewisses Odium an sich. Die Steuer selbst halte er für berechtigt, weil Staatsgesetze vorhanden sind, welche diese Berechtigung zweifellos konstatiren und über diese Gesetze könnten sie von ihrem Standpunkt aus sich nicht hinaussetzen, es seien dies die Gesetze vom Jahre 1860 und 1888, letzteres gebe ersterem eigentlich erst Fleisch und Blut. Dieses Recht involvire auch eine Pflicht, allerdings eine beschränkte, indem derjenige, der keine Kirchensteuer bezahlen wolle, aus der Kirche austreten könne, aber ungerecht und unlogisch sei es, daß Jemand, der aus einer Kirche austrete, noch 2 Jahre lang Kirchensteuer bezahlen müsse, er werde, wenn er die nöthige Unterstützung finde, einen Antrag auf einen Zusatz dahingehend stellen, daß in dieser Beziehung eine Aenderung eintrete. Die Bedürfnißfrage betrachte er auch als nachgewiesen, namentlich bei der evangelischen Kirche, bei der katholischen sei ihm dies noch etwas zweifelhaft; auch halte er eine Kirchensteuer nicht im Einklang stehend mit den alten katholischen Prinzipien. Was ihren Parteistandpunkt zu dieser Sache betreffe, so hoffe er, daß diesem ersten Schritt zur Trennung von Kirche und Staat weitere Schritte folgen und eine vollständige Trennung eintrete; der Staat solle dann nichts mehr mit der Kirche zu thun haben, und er hoffe, daß dann die weltliche Gewalt nicht mehr zur Betreibung von Kirchensteuern verwendet werde; in dem Verwaltungskörper hätte er lieber nur Laienelemente gesehen. Mit den angeführten Grundlagen des Besteuerungssystems sei er einverstanden. Im Großen und Ganzen stimme er mit seinem Genossen dem Gesetze zu, umsomehr, als die arbeitenden Klassen von demselben nicht betroffen werden, wenn er auch sonst noch Manches an dem Gesetze auszusetzen habe.

Hierauf wird die Sitzung auf morgen 9 Uhr vertagt.

Karlsruhe, 20. Mai.

81. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Erster Vicepräsident v. Buol eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Kultusminister Nokk, Ministerialrath v. Jagemann.

Haus und Tribüne gut besucht.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathungen über das Kirchensteuergesetz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Präsident einige geschäftliche Mittheilungen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt der Abg. Klein-Wertheim, daß er seinen Antrag auf Einstellung einer Nachtragsforderung von 50,000 Mark zur Unterstützung der Gemeinden in der Farrenhaltung einstweilen zurückziehe.

Das Wort erhält zunächst

Abg. Kiefer, der bemerkt, daß vorliegender Entwurf eines Kirchensteuergesetzes von anderen Staaten bereits überholt sei. Das Recht der Selbstbesteuerung könne unmöglich ohne Verletzung der höchsten Staatsinteressen an irgend eine andere Korporation vergeben werden. In Amerika werden die größten Ausgaben für religiöse Zwecke freiwillig aufgebracht, der Zwang habe stets etwas beschämendes an sich, leider müßten wir aber bei unseren überlieferten Verhältnissen dazu schreiten, wir müßten insbesondere darnach trachten, daß auch aus höheren gebildeten Ständen Söhne sich dem geistlichen Stande widmen. Es sei naturgemäßer und würdiger, wenn die staatlichen Dotationen durch Steuern der Konfessionsangehörigen abgelöst werden, allein es seien noch viele Mängel im Gesetze, namentlich in der Zusammensetzung der Vertretungskörper, trotzdem werde er aber für das Gesetz stimmen, wenn er auch voraus sehe, daß diese Mängel und Lücken des Gesetzes zu Kämpfen Veranlassung geben werden. Zu verhindern, daß der sociale Kampf nicht durch Pulver und Kanone ausgekämpft werde, dafür haben nicht bloß die Führer der Socialdemokraten, sondern auch wir zu sorgen und zwar dadurch, daß wir herunterfteigen, für eine billige, gerechte und die Armee schützende Gesetzgebung sorgen, wir müssen aber auch darnach trachten, daß das religiöse Gefühl gestärkt werde. Der Staat dürfe sich aber deßwegen nicht unter das Joch irgend einer kirchlichen Richtung bergen, sondern solle seine schützende Hand über alle Konfessionen ausstrecken.

Abg. Rau glaubt, daß die evangelische Kirche auf das weitergehende System, 10 pCt. der allgemeinen Staatssteuer, greifen müsse, wenn dazu in einzelnen Gemeinden noch örtliche Kirchensteuer und noch die Staatsdotation komme, so handle es sich doch um sehr ansehnliche Beträge, was gewiß schon im Interesse des Ansehens der Kirche zu Sparsamkeit mahne und nur unter dieser Voraussetzung, die er der Regierung recht sehr an's Herz lege, könne er daher für das Gesetz stimmen. Die örtliche und allgemeine Kirchensteuer möchte er, wo beide neben einander bestehen, zusammen auf einem Zettel eingezogen haben, weßhalb er einen Antrag auf Wiederherstellung des § 25 nach der Regierungsvorlage eingebracht habe. Einen weiteren Mißstand finde er darin, daß das örtliche Kirchensteuergesetz vom Jahre 1888 nicht gleichzeitig abgeändert worden sei, weßhalb die einzelnen Berufsklassen sehr ungleich von der Steuer betroffen würden. Als wundester Punkt erscheine ihm die Art und Weise der Zusammensetzung der Repräsentativkörper.

Abg. Schumann hält den Zwang der Kirchensteuer für sehr bedenklich, namentlich in unserer Zeit, wo oft durch Zwangsversteigerungen die Steuern eingetrieben werden müssen. Er glaube, bei Zusammenlegung kleiner benachbarter Gemeinden und einer rationellen Verwaltung des Kirchenvermögens wäre die Steuer nicht nöthig gewesen. Das Gesetz bedeute allerdings einen Schritt zur Trennung von Staat und Kirche, allein dadurch, daß der Staat mitwirke bei der Besteuerung und Erhebung der Steuer, bewirke er gerade das Gegentheil. Der Umstand, daß auch die Staatsdotation neben der Steuer noch weiter bestehen solle, mache es ihnen neben den angeführten Gründen unmöglich, dem Gesetz zuzustimmen. Wenn das Prinzip der Leistungsfähigkeit der Besteuerung zur Grundlage dienen solle, so hätte man sich gerade an der Einkommensteuer halten sollen und es wäre wohl möglich gewesen, sich auf dieses System ausschließlich zu stützen.

Die Sitzung dauert fort.

Neueste Nachrichten.

Lissabon, 20. Mai. Graf Burnay, welcher gestern zur Unterzeichnung des Abkommens mit den Inhabern der portugiesischen Werthe nach Paris abreisen sollte, verschob seine Reise auf 24 Stunden. — Es heißt die Umgestaltung des Kabinets erstrecke sich auf die Portefeuilles des Auswärtigen, der Finanzen und der öffentlichen Arbeiten. Man glaubt, die neuen Minister würden aus der früheren konservativen Partei genommen.

Petersburg, 20. Mai. Das Ministerkomitee genehmigte endgültig das Projekt des Baron Hirsch bezüglich der Uebersiedelung russischer Juden nach Amerika in allen Details.

Schlußbemerkung.

Auf meine letzten Bemerkungen erwidert der Redakteur der „Badischen Ldstztg." mit einem ungefähr spaltenlangen Artikel, den ich bei dem herrschenden Platzmangel weder abdrucken noch eingehend beantworten kann. Hervorheben will ich nur, daß Herr Hannemann zugibt, ich habe in Kaiserslautern keine Angriffe gegen die katholische Kirche gebracht. Wenn er aber bemerkt, ich habe unter seiner Leitung politische Artikel über die herrschenden Tagesfragen geschrieben, so ist das einfach unwahr. Seiter der „Pfälz. Presse" war einzig und allein der Verleger, der mir zu meiner Einführung die nöthigen Winke gab, meine Arbeiten kritisirte und korrigirte. Ebenso unwahr ist, daß ich mich über den vollständigen Zerfall mit meiner Familie geäußert — ich kam ja von ihr, stand stets in innigster Verbindung mit ihr — aber später hier ihn „etwas verlegen" begrüßt habe. Das sind Hannemann'sche Phantasien. Was Herr Hannemann als eine Drohung auffaßt, sah ich als eine Warnung an, die Herr Hannemann besser beachtet hätte. Auch die sonstige Schilderung ist in seinem Interesse gefärbt. Daß Herr Hannemann kein gutes Gedächtniß hat, zeigt der Umstand, daß er nicht mehr wußte, was er selbst geschrieben. Meine Vergangenheit habe ich nicht zu scheuen. Streng katholisch erzogen, hätte ich, wie das bei der modernen Erziehung so geht, den Kampf mit Glaubenszweifeln zu kämpfen. Meiner Familie machte das Kummer, was mich wieder tief betrübte. Aber heucheln konnte ich nicht. Trotz verschiedenen Drängens trat ich nicht in die kath. Presse ein. Bei der „Pfälz. Presse", zu welcher ich durch ein Telegramm berufen wurde, machte ich sofort die Bedingung, kein Wort gegen die katholische Kirche oder das Centrum schreiben zu müssen. Als ich später zur katholischen Presse ging, geschah es aus voller Ueberzeugung. Wie ich als ehrenhafter Mann anders hätte handeln können, weiß ich heute noch nicht. Daß Herr Hannemann von einem Verkaufen meiner Gesinnung spricht, mich als Mensch ohne Spur von Charakter, Ehre und Anstand darstellt, ist ebenso lächerlich, wie seine Bemerkung, ich sei verhetzt, reif für Illenau ꝛc. Und damit, wenn ich nicht geradezu gezwungen werde, Punktum.

B.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 19. Mai. (Produktenbörse.) Weizen pfälzer n. 20.50—21.—, norddeutscher —.——.—, russ. Saxonska 21.25—21.50, Azima 21.——21.25, Girka 20.50 bis 21.—, Taganrog 21.——21.25, amerik. Winter 21.25 bis —.—, rumänischer —.——.—, Theodosia —.——.—, Kernen 21.——.—. Roggen pfälzer 19.——.—, russischer 19.50—20.—. Gerste hiesige Gegend 16.50—17.—, pfälzer 17.——18.—, ungarische —.——.—. Hafer badischer 13.— bis 13.25, norddeutscher —.——.—, russischer —.——.—. Mais amerik. mixed 12.——.—, Donau 13.——13.25. Kohlreps deutscher neuer 26.50——.—. Leinöl mit Faß 46.——.—. Rüböl mit Faß 62.——.—. Petroleum mit Faß fr. mit 20 pCt. Tr. 19.25——.—. Weizenmehl Nr. 00 35.50, Nr. 0 34.50, Nr. 1 30.50, Nr. 2 29.50, Nr. 3 28.50, Nr. 4 26.50. Roggenmehl Nr. 0 32.—, Nr. 1 29.—. Tendenz: Weizen und Roggen unverändert, Gerste und Hafer behauptet.

Mannheim, 19. Mai. (Produktenbörse.) Weizen per Mai 18.80, per Juli 19.—, per November 19.—. Roggen per Mai 18.90, per Juli 18.65, per November 16.65. Hafer per Mai 13.50, per Juli 13.90, per November 13.90. Mais per Mai 11.85, per Juli 11.85, per November 11.90. Tendenz: behauptet.

Mannheim, 19. Mai. (Viktualienmarkt.) Kartoffeln per Ctr. 4.——4.50 Mk., per Pfund 4—5 Pfg.; Eier per Hundert 5.——5.50 Mk., per Stück —— Pfg.; Butter per Pfund 1.05—1.20 Mk.; Äpfel per Ctr. 14.——20.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Birnen per Ctr. 15.——25.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Zwiebeln per Pfund 8—12 Pfg.; Sellerie per Kopf 8—12 Pfg.; Kirschen per Pfund — Pfg.; Gurken per Stück — Pfg.; Spargeln per Pfund — Pfg.; Bohnen per Pfund — Pfg.; Weißkraut per Kopf 12 bis 15 Pfg.; Rothkraut per Kopf 15—25 Pfg.

Mannheim, 18. Mai. (Fettviehmarkt.) Es waren beigetrieben: — Stück Ochsen, —— Stück Schmalvieh, — Stück Farren, 78 Stück Kälber, 208 Stück Schweine, — Stück Milchkühe, 1 Stück Schafe. Die Preise stellten sich per 100 Kilo Schlachtgewicht: Ochsen 1. Qual. ——, 2. Qual. —— Mk. Schmalvieh 1. Qual. ——, 2. Qual. —— Mk., Farren 1. Qual. ——, 2. Qual. —— Mk., Kälber 1. Qual. 145——, 2. Qual. 130 bis — Mk., Schweine 1. Qual. 120——, 2. Qual. 114—— Mk., Milchkühe —— Mk., Durchschnittspreis —— Mk., Schafe per Stück 30—— Mk. Zusammen 317 Stück. Kälbermarkt flau. Unter den Kälbern 25 Schweizer Mastkälber.

Mannheim, 19. Mai. (Strohmarkt.) Wiesenheu per Ctr. 2.50—3.— Mk., Kleeheu per Ctr. 3.——3.50 Mk., Kornstroh per Ctr. 2.50—3.— Mk., Gerstenstroh 1.80 bis 2.— Mk.

§ **Ettenheim**, 18. Mai. (Marktbericht.) Weizen per 2 Ctr. 21.—, 20.75, 20.50 Mk., Halbweizen 19.50, 19.—, —.— Mk., Roggen —.—, —.—, —.— Mk., Gerste 15.—, —.—, —.— Mk., Hafer 16.—, 15.50, —.— Mk., Welschkorn 20 Liter 2.40, —.—, —.— Mk., Butter per Pfund 1.05 Mk., Eier 10 Stück 45 Pfg.

Villingen, 17. Mai. 50 Kilo alte Kernen —.—, neue 10.83, Roggen —.—, Hafer alter 0.—, neuer 7.48, Gerste 9.50, Besen 0.—, Mischfrucht 6.71, 50 Liter neue Kartoffeln 3.50, 50 Kilo Wicken 0.—, Linsen —.— Mk., Bohnen 0.—, ½ Kilo Mehl 1. Sorte 24, 2. S. 23, 3. S. 22 Pfg., 50 Kilo Kleie 6.— Mk., ½ Kilo Weißbrod 17, Schwarzbrod 16, Rindfleisch 65—68, Kalbfleisch 68—70, Hammelfleisch 70——, Schweinefleisch 60—66 Pfg., 50 Kilo Heu 2.50——, Stroh 2.——0, 1 Ster Buchenholz 9.—, Eichen 9.—, Weißholz (Tannen) 7.— Mk., 10 Eier 50, ½ Kilo Butter 83—84 Pfg.

Pfullendorf, 17. Mai. 100 Kilo Kernen 21.20, 20.76, 19.80 Mk., Weizen —.—, —.—, —.— Mk., Gerste —.—, 16.—, —.— Mk., Roggen —.—, —.—, —.— Mk., Hafer 13.70, 13.48, 13.30 Mk., Oelsamen —.—, —.—, —.— Mk.

Berlin, 18. Mai. Spiritus 50er hier 59.70, 70er hier 40.10, für Mai-Juni 39.50, für Aug.-Sept. 40.80.

Frankfurt, 19. Mai. Die heute bei Eröffnung der Börse von Wien vorliegenden festen Kurse machten einen günstigen Eindruck und die Börse zeigte von Anfang an eine freundliche Haltung. Das Hauptgeschäft fand zunächst in Montanwerthen und Bankaktien statt. Ueber die Ursachen der Kurssteigerung der erstgenannten Werthe haben wir uns bereits gestern an dieser Stelle ausgesprochen. Das gleichfalls erwähnte Gerücht, betreffs der Walzeisenpreise, wurde heute dahin ergänzt, daß von den Vorständen einzelner Gruppen des Walzwerkverbandes eine Erhöhung des Preises um 5 Mk. vereinbart worden sei und die definitive Beschlußfassung durch die Mitglieder der einzelnen Verbände im Laufe des Monats stattfinde. Eine Bestätigung dieser Meldung von zuverlässiger Seite liegt allerdings noch nicht vor. Die Preise der Eisen- und Kohlenaktien zogen kräftig an, büßten aber schließlich den größten Theil ihrer heutigen Besserung nach Schluß des offiziellen Verkehrs in Folge von Realisationen wieder ein. Bankaktien verdanken ihre Steigerung dem von Wien ausgehenden Impuls. Auch ausländische Renten haben ihre steigende Bewegung fortgesetzt; bevorzugt blieben heute Griechen, Italiener und serbische Werthe, während Portugiesen, Türken und Spanier weniger beachtet wurden. Oesterreichische Eisenbahnaktien verkehrten meistens in fester Stimmung. Schweizerbahnen lagen schwach, da die Aprilausweise der Nordost- und Centralbahn unbefriedigend lauten. (Frankf. Jour.)

Hamburg, 19. Mai. Kaffee good aver. Santos per Mai 67—, per Juni 64—, per Juli 63¾, per August 63—, per September 62¾, per Oktober 62—, per November 61¼, per Dezember 61¼, per Januar 61—, per Februar 61—, per April 60½. — Rübenzucker: I. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei am Bord Hamburg, per Mai 13.02½, per Aug. 13.35—, per Okt. 12.67½, per Dez. 12.60—.

Bremen, 19. Mai. Petroleum. Raff. Standard white l. 5.75. — Schmalz 35.—. — Baumwolle State Upland middling loco 38.50, desgl. I. Basis middling per Mai 38.50, per Juni 38.50.

Antwerpen, 19. Mai. Petroleum. Raff. disp. 13½, per Mai 13½, per Juni 13½, vier letzte Monate 13½. — Häute —— Stück verkauft. — Wolle 350 B. verkauft. — Rübenzucker disponible per Mai 32½, per Juni-Juli-Aug. 33½, drei letzte Monate 31½. — Schmalz (Wilcox) 79½—80½.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebot: 19. Mai. Gregor Braun von Büchig, Taglöhner hier, mit Katharina Müller Wittwe von Steinbach.

Eheschließungen: 19. Mai. Valentin Heck von Erlenbach, Wagner hier, mit Elisabetha Schaufelberger von Weingarten. — Josef Fischer von Billigheim, Metzger hier, mit Maria Belle von Billigheim. — Karl Heiligenthal von Ubstadt, Bahnassistent hier, mit Wilhelmine Eiser von Pforzheim. — Wilhelm Müller von Heidelsheim, Werkmeister hier, mit Karoline Stiefvater von Hochhausen. — Friedrich Albrecht von Ettlingen, Kanzleiassistent hier, mit Emilie Schaber von hier. — Wilhelm Wald von Ottersweier, Metzger hier, mit Klara Hellmann von Mühlheim.

Geburten: 11. Mai. Heinrich, Vater Hch. Seiberer, Glasermeister. — 16. Mai. Rosa Margaretha, Vater Friedr. Köhler, Eisenbahnschaffner. — Rudolf Hermann, Vater Gustav Hildenbrand, Blechner. — Hilda, Vater Karl Kramer, Güterbestätter. — 17. Mai. Friedrich Wilhelm, Vater Karl Gräßer, Friseur.

Todesfälle: 18. Mai. Karoline Metzger, alt 70 Jahre, Ehefrau des Kesselschmieds Andreas Metzger. — Barbara Gallus, alt 65 Jahre, Ehefrau des Postschaffners Johann Gallus. — 19. Mai. Marie Stolz, alt 50 Jahre, Ehefrau des Schneiders Josef Stolz.

Auswärtige Todesfälle.

Baden: Maria Kanders, geb. Schäfer, 33 J.
Eichsel: Kunigunda Schwander, geb. Haberbusch, 67 J.
Wittenweiler: Friedr. Faller, 52 J.

Für den
Waldhüter und Meßner Martin Keller in Ahlfingen,
welcher durch Bergrutsch in schwere Noth gerathen ist, sind bei der Unterzeichneten eingegangen:

Bisher 44 Mk. Einer Wittwe Scherflein 2 Mk., Geschw. Bolz 2 Mk., Pfarrer Zimmermann in Neunkirchen 5 Mk., Johannes Rohe in Guttenbach 3 Mk., Ludwig Ketterer in Vöhrenbach 10 Mk., H. E. 5 Mk., L. und Konf. 5,50 Mk. Zusammen 68,50 Mk.

Wir bitten um weitere milde Gaben.

Die Expedition des „Badischen Beobachters".

Pilgerzug nach Walldürn

von Appenweier am 15. Juni, Vormittags 7 Uhr 50 Min. (Mark 8.10), Rastatt ab 9 Uhr (Mark 7.10), Karlsruhe ab 10 Uhr 40 Min. (Mark 6.80). Der Betrag ist an Josef Bonnevitz in Niederlauterbach, Post Salmbach, bis längstens den 28. Mai franko einzusenden.

Grand Hôtel des Salines
Stärkste Soole des Continents.
Herrliche Lage am Rhein. — Vorzügliche Luft. Ausgedehnter Park (Waldbild). — Geräumige Wandelbahn.
Durch Neubauten bedeutend vergrössert.

Soolbad Rheinfelden Schweiz.

Rheinbäder. — Eigene Sennerei. — Kurmusik.
Bequeme Verbindungen für Schwarzwald- und Schweizertouren. — Prospectus gratis. (H1487Q)
Postadresse: **J. V. Dietschy, Badisch-Rheinfelden.**

Hôtel Dietschy am Rhein.

Die Deutsche Reichs-Zeitung
ist das grösste interessanteste und verbreitetste Centrums-Organ für Gesammt-Deutschland. — Verbreitet über 1500 Postorte. Zeilenpreis 15 Pfg. Erscheint täglich 2 mal. Sonntags mit illustriertem Unterhaltungs-Blatt.
Probenummern auf Wunsch 8 Tage lang gratis und franco. Abonnement pro Quartal 4 Mk. Für 2 Monate 2,67 Mk. Für 1 Monat 1,34 Mk.
Erscheinungsort: Bonn.

Bekanntmachungen, Versteigerungen etc.

Bekanntmachung. Der Einquartierungskataster ist neu aufgestellt und liegt vom 19. d. M. an während 14 Tagen zur Einsicht der Quartierpflichtigen auf dem Rathhause auf. Während dieser Zeit können Einsprachen erhoben, spätere Einwendungen aber nicht mehr berücksichtigt werden. Ettlingen, den 17. Mai 1892.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
10 KARLSRUHE.

Kassenschränke
in nur bester Qualität bei
Wilh. Weiss,
Karlsruhe,
Erbprinzenstr. 21. 57

Geschäfts-Empfehlung.
Unterzeichneter empfiehlt sich in allen in sein Fach einschlagenden **Maler-, Tüncher- und Zimmertapezierarbeiten**, bei bester Ausführung zu billigsten Preisen. 10.2
Karl Neininger,
Adlerstraße 28.

Cigarrenarbeiter-Gesuch.
Tüchtige, gewandte **Roller**, sowie **Wickelmacher** werden in eine auswärtige Fabrik gesucht. Anträge, wohl Zeugnissen erbeten unter **Nr. 95** an die Expedition [illegible]

Ein gut erhaltener **Wirtschafts-** oder **Herrschafts-Herd** ist zu verkaufen **Burg Zähringen**, Marienstraße 16.

Katholischer Männerverein
Constantia.

Die Herren Sänger werden zu einer Besprechung auf Freitag, 20. ds., Abends 9 Uhr, in das Vereinslokal hiermit höflichst eingeladen.
Der Vorstand.

Katholischer Arbeiterverein der badischen Residenz.

Bei günstiger Witterung findet am kommenden Sonntag, den 22. ds., ein Ausflug nach Ettlingen (mit Musik) statt. Die Mitglieder mit Familienangehörigen, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins sind freundlichst eingeladen. Abmarsch punkt 2 Uhr vom „Tivoli", Rüppurrerstr.
Der Vorstand.
J. A.: Kassier Ditter.

Herder'sche Verlagshandlung, Freiburg im Breisgau.

Für das heilige Pfingstfest.

In unserem Verlage sind erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Coulin, F. L., Der heilige Geist. Betrachtungen. Aus dem Französischen übersetzt und mit Anmerkungen und einem Anhange von Hymnen und Gebeten zum Heiligen Geiste versehen von **Dr. J. Ecker.** Mit einem Titelbild. 12°. (XXXII u. 348 S.) M. 6; geb. in Leinwand M. 6.40.

Meschler, M., S. J., Die Gabe des heiligen Pfingstfestes. Betrachtungen über den Heiligen Geist. 8°. (VIII u. 440 S.) M. 3; geb. in Halbleder mit Goldtitel M. 3.80. (Die zweite Auflage erscheint im Mai.)

Zardetti, Dr. O., Die kirchliche Sequenz: Komm, Heiliger Geist! (Veni, sancte Spiritus) in fromme Betrachtungen erweitert. Mit einem Titelbild. 8. 12°. (XXXII u. 156 S.) 80 Pf.; geb. in Leinwand mit Goldtitel M. 1.50.

Freiburg im Breisgau. **Literarische Anstalt** und deren **Agentur** in **Karlsruhe**, Herrenstraße 34.

Vierteljährlich (6 Nummern) **Preis 1 Mk.**
Reich illustrirt. — Schön ausgestattet.

Illustrirte Familien-Zeitung.

Enthält 9 Bogen Text bestehend aus Novellen, Künstlerbiographien mit Porträts, musik-pädagogische und -literarische Aufsätze, Berichte über Concert- und Theater-Novitäten, krit. Winke über neue Bücher und Musikalien, Heiteres etc.

Musik-Beilagen: 16 Groß-Quartseiten Klavier-, Violin- und Cellostücke, Lieder etc. (auf starkem Papier). **Extra-Beilage:** 16 Gr.-Oktavseiten von Dr. Svoboda: Illustr. Musikgeschichte.

Carl Grüninger, Stuttgart.

Probe-Nummern gratis und franko vom Verleger.

Abonnements auf die „Neue Musik-Zeitung" nehmen sämmtliche Buch- und Musikalienhandlungen, sowie Postanstalten entgegen.

Kathol. Arbeiterverein Karlsruhe.

Am **Sonntag, den 22. Mai**, Nachmittags 4 Uhr, findet im großen Saale des Arbeiterheimes eine

ausserordentliche Generalversammlung

statt (s. § 5 Abs. 8 d. neuen Statuten), wozu die Vereinsmitglieder mit der Bitte um zahlreiche Betheiligung hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Bekanntgabe des Rechenschafts- und Jahres-Berichts bis Mai 1892;
2. Bericht über die Abänderung des Miethvertrages;
3. Decharge für die Vorstandsmitglieder;
4. Neuwahl wegen freiwilligen Rücktrittes des Gesammtausschusses mit Ausnahme des Herrn Röser.

Zutritt in den unteren Saal und Stimmrecht **haben nur solche aktive** Mitglieder, die im Besitze der neuen Karten und nicht mit mehr als drei Monatsbeiträgen im Rückstande sind.

Ehren- und passive Mitglieder werden gebeten, der Kontrole der Stimmenabgabe wegen, ihren Platz auf der vorderen Tribüne einzunehmen.

Die Gallerie bleibt geschlossen.

Karlsruhe, den 5. Mai 1892.

Der Präses: J. Benz.

Kneipp'sche Wasserheilanstalt, Mineral- u. Soolbad Säckingen a. Rh.
Leitender Arzt: prakt. Arzt Knoderer.
Prospekte durch die Besitzer
10,3 **Schnurr & Degler.**

Wiener Schuhwaaren-Lager
S. Illig,
Kaiserstraße 199a,
Ecke der Waldstraße,
empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und Schnürstiefel in prima Kalb-, Rind-, Chevreaux- und Lackleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 6.50 an.
Herren-Zug- und Schnürschuhe in verschiedenen Sorten.
Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an.
Damen-Zug-, Knopf- und Schnürstiefel in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.
Damen-Knopf- und Schnürschuhe von den einfachsten bis zu den feinsten Sorten.
Knaben-, Mädchen- und Kinder-Stiefel und Schuhe.
Große Auswahl in **Pantoffeln** und **Schlappen.**
Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Lacke, Ledercreme, Schuhlöffel, Knöpfe, Stiefel-Ein- und Auszieher u. s. w. 21
Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.
Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt.

I. Karlsruher Hut-Bazar,
Josef Goldfarb,
32 Kriegstraße 32, gegenüber dem Hauptbahnhof,
neben Hotel National und Bahnhof-Hotel.
Herren-Filzhüte, das Neueste,
in allen Farben und Formen, größte Auswahl,
jeder Hut 2.50 Mk. jeder Hut.
Knaben-Hüte 1.50 bis 2 Mk. die feinsten.
Sonnen- und Regenschirme von 2.50 Mk. bis zu den feinsten.
Feste Preise. Reelle Bedienung.

Vergolder August Mülthaler,
Steinstraße 14,
zwischen Kronen- und Adlerstraße,
empfiehlt sich im **Einrahmen von Bildern** jeder Art mit einer großartigen Auswahl der neuesten und besten Gold-, Politur- und Holzrahmen, welche ich auch zum Wiederverarbeiten an Glaser und Schreiner zum billigsten Fabrikpreis empfehle.
Ferner bringe mein unübertroffen großes Lager in **Spiegeln** und **Vorhangstangen** in gewöhnlichen und feinsten Sorten in empfehlende Erinnerung.
Neuvergolden alter Spiegel- und Bilderrahmen, Möbel etc. solid und billig. 40.4

Es können zu jeder Zeit
Hochzeiten
abgehalten werden im kleinen Saale zur **Burg Zähringen**, Kath. Arbeiterheim. Gute Bedienung wird zugesichert.
J. Grüttner, Wirth.

Vereine.

Naturwissenschaftlicher Verein: Freitag, 20. Mai, Abends 8 Uhr, im Speisesaale des Museums Generalversammlung.

Alpenverein: Samstag, den 21., und Sonntag, den 22. Mai, gemeinschaftlicher Ausflug der südwestdeutschen Alpenvereinssektionen nach Ottenhöfen, Edelfrauengrab, Allerheiligen, Haslach und Oppenau.

Männerturnverein: Samstag, den 21. Mai, im Colosseumssaale der Brauerei Schrempp Festbankett mit Aufführungen.

Colosseum-Theater.
Freitag, den 20. Mai, Anfang 8 Uhr: **Der Stabstrompeter.** Große Posse mit Gesang in vier Akten.

Notirungen der Frankfurter Börse vom 19. Mai 1892.

	Staatspapiere.	
4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	106 90.
3½ "	" " "	100.99,90
3 "	" " "	86 50.
4 "	Preuss. Consols	106 90.
3½ "	" "	99 90.
3 "	" "	86 50.
4 "	Bayer. Abl.-Rente fl.	104 60 80
4 "	Württ. Rente v. 1880 u. 87 M.	105.10
4 "	Badische Obligationen fl.	101 90.80
4 "	" " v. 1886	105 90.
4 "	Oest. St.-Sch. Gold Elisab.	—
4 "	" Goldrente fl.	95,95.
4½ "	" Silber. "	81 —.
4½ "	" Papier. "	81 40.
4 "	Ungar. Goldrente "	93 90 95
5 "	" Papierrente	85 90.80
4½ "	Portugies. Staatsanl.	4 10.
4½ "	" Tabak-Anl.	77 80.
3 "	" Ausl. (Kl.)	28.90.80
5 "	Russ. Gold-Anleihe fl.	104.80.
4 "	Span. ausl. Rente	64.80.
4 "	Italien. Rente	91.91.10
5 "	Serbien, Goldrente	84 10.
5 "	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	86 30.
	Bank-Aktien.	
4½ %	Deutsche Reichsbank	149.—
4 "	Badische Bank	114.50.
4 "	Darmstädter Bank	—
5 "	Oest. Kreditb. (Ultimo)	271⅞ ⅝
4 "	Rhein.	118 80,40
4 "	Deutsche Bank	160.—.
4 "	Deutsche Union-Bank	78.90
	Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	40 50.
4 "	Hessische Ludwigsb. "	110 90.
4 "	Ludwigsh.-Bexbach fl.	221 20.10
4½ "	Pfälzer Maxbahn	140 50.
4 "	" Nordbahn	111 70.
	Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	78½
5 "	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	249⅞ ⅝
5 "	" Nordwestb. fl.	183⅞ ⅝
4 "	" Lit. B. Elbthal "	204⅞ ⅝
5 "	Schweiz. Centralb. Fr.	126 —.
4 "	Gotthardbahn "	135.10.
	Prioritäten.	
5 %	Albrecht ö. W. 300 fl.	—
5 "	" in Gold 400 M.	105 50.
5 "	Oesterr. Südbahn	104 —.
3 "	" " 1871	—
5 "	" Ung.-Staatsb. 1878	107.—.
3 "	" Staatsb. 1.—8. Em.	86.10.
4 "	" " 9. Em.	82 30.
3 "	" " Ergänz.	83 70.
3 "	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107 80.
	Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½ %	Preuss. 100 Thlr.	—
3½ "	Köln-Mindener 100 Thlr.	135 40.
4 "	Bayerische 100 Thlr.	141.80 [illegible]
4 "	Badische 100 Thlr.	138 90,60
4 "	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	128 —.
4 "	Oldenburger 40 Thlr.	129,—.
3 "	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	124,—.
5 "	" v. 1860 ö. W. 500 fl.	126 90.
	Unverzinsliche Anlehens-Loose.	
	Braunschweiger 20 Thlr.	104 60.
	Augsburger 7 fl.	29 75.
	Ansbacher 7 fl.	42 80.70
	Meininger 7 fl.	27 90.
	Pappenheimer	—
	Freiburger 15 Fr.	32 10.85
	Mailänder 45 Fr.	41.80.
	" 10 Fr.	18 80.
	Wechsel. K. S.	
	Amsterdam 100 fl.	168,90,95
	Antwerpen 100 Fr.	81,00 75
	Schweiz 100 Fr.	80,85
	Wien 100 fl. ö. W.	170 35 40
	Paris 100 Fr.	81 10.81
	London	20.410.
	Pfandbriefe.	
4 %	Rhein. Hypothekenbank	100.70,60
3½ "	" "	96,30.
4 "	Bayer.	102 10.
4 "	Württemb.	102 40.00
	Verfallene Coupons.	
	Oesterr. Papier	170.—
	Amer. U. St.- u. K. B.	4.18¼
	Geldsorten.	
	20-Franken-Stücke	16.22—18
	" in ½	16.2?—18
	Dukaten	9.60—55
	" al marco	9.5?—65
	Engl. Sovereigns	20.41—36
	Russ. Imperials	16.70—65
	Gold-Dollars	4.20—14
	Reichsbank-Diskonto	3%
	Frankfurter Privatdiskonto	[illegible]

Verantwortlich für den redaktionellen Theil: J. Röttgers. — Für Haus- und Landwirthschaft, Handel u. Inserate: H. Vogel. Beide in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstr. 42.
H. Vogel, Direktor.